

# maldekstra #14

Globale Perspektiven von Links: Das Auslandsjournal

MÄRZ 2022

## Linke Bewegungen

Überall auf der Welt protestieren und kämpfen Menschen in unterschiedlichen Bewegungen und aus verschiedenen Beweggründen gegen den sich immer wieder neu erfindenden und doch immer zerstörerischen Kapitalismus. Die Struktur der Proteste ist komplex. Nicht alle sind links. Aber viele. Darin liegt Hoffnung



Was der Gegenwart eigen ist: Sie kann auf einen globalen Exodus hinauslaufen, bliebe es bei der Art und Weise, wie gewirtschaftet wird und wie Konflikte gelöst werden. Der Kapitalismus ist wandlungsfähig. Er verteidigt mit Klauen und Zähnen, was ihn ausmacht, und ist bereit, auf Demokratie zugunsten totalitärer und autoritärer Versionen seiner selbst zu verzichten.

Die Gegenwart kann aber ebenso in eine Zukunft münden, in der sich die Gestaltung von Gesellschaft, die Bewahrung des Ökosystems, die Gewährung grundlegender Menschenrechte für alle nicht länger politischer und gesellschaftlicher Regulierung entzieht. Diese Möglichkeit jedoch ist nur ohne Krieg denkbar. Der niemals die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, stattdessen das Ende aller Politik ist. Seit dem 24. Februar protestieren überall auf der Welt Menschen gegen den Krieg, der an diesem Tag begonnen wurde. Wir wissen nicht, was diese Menschen alles voneinander trennt. Aber was sie eint, sehen wir.

Amsterdam, Niederlande  
Proteste gegen den Krieg in der Ukraine  
Quelle: Nikola Dimitrov@Dimitrov\_Nikola  
Twitter

## Inhalt

- 3 In grundlegender Weise nicht einverstanden** Linke können sich nicht mit Beruhigungsformeln der Normalität betäuben
- 7 Die neue Linke in Südosteuropa** Eine Studie zu Entstehungsbedingungen, Kämpfen, Erfolgen und Misserfolgen linker Akteur\*innen
- 9 Machtvolle Wiederbelebung** In Griechenland entwickeln soziale Bewegungen eine beachtliche Widerstands- und Mobilisierungsfähigkeit
- 11 Gerechtigkeit verbrieft** In Chile ist der Weg für eine neue Verfassung frei gemacht. Es besteht die Möglichkeit eines solidarischen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft
- 13 Klassenkampf für eine soziale Demokratie** Die sozialistische Bewegung in den USA hat in den letzten Jahren einen enormen Aufschwung erlebt. Kann sie die Massenbewegung der Arbeiterklasse werden?
- 15 Gesellschaftliche Gräben überwinden** Über eine Partei, die den Klassenkampf ernst nimmt und damit Erfolg hat
- 17 Voneinander lernen** „Asia Europe People's Forum“ (AEPF) ist das größte progressive asiatisch-europäische Netzwerk
- 19 „Jedes Stadtviertel muss eine Einheit der Fürsorge bilden“** Die Kraft der vielen Frauen ermöglicht, bahnbrechende Projekte anzuschließen
- 21 Kommunales Vermögen aufbauen** Städte können auch anders funktionieren als nach den Regeln von Großinvestoren
- 22 Es kann gelingen** Jahrzehntelang haben Menschen in ganz Südamerika gegen die kommerzielle Ausbeutung ihres Trinkwassers protestiert. Mit Erfolg

## Impressum

maldekstra wird herausgegeben von der common Verlagsgenossenschaft eG, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, in Kooperation mit der

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**

**Beirat** Hana Pfennig, Boris Kanzleiter

**Redaktion** Kathrin Gerlof (V.i.S.d.P.) Anne Schindler, Sigrun Matthiesen, Andrea Wierich (Korrektorat), Mitarbeit: Johanna Bussemer

**Gestaltung** Michael Pickardt

**Kontakt** Tel. 030.2978.4678 kontakt@common.berlin

**Druck** BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin

**Druckauflage** 55.000

„maldekstra“ steht für „links“ in der Weltsprache Esperanto.

maldekstra ist online abrufbar über [www.rosalux.de/publikationen/maldekstra](http://www.rosalux.de/publikationen/maldekstra). Anfragen, Leserbriefe und der Bezug der gedruckten Ausgabe bitte an [maldekstra@rosalux.org](mailto:maldekstra@rosalux.org)

# Demokratisch oder gar nicht

Mit dem Pronomen „wir“ fangen die Schwierigkeiten an. Wer sind „wir“? Die Verortung kommt dazu. Links. Wer und was ist links? Doch trotz dieser Schwierigkeiten gab und gibt es auf allen Erdteilen und über viele Grenzen hinweg beeindruckende linke Bewegungen. Aber auch das Antidemokratische, Antifeministische, Autoritäre wächst. Und dort, wo sich Widerstand von links formiert, geht die Erfahrung einher, dass sich der Kapitalismus weder einfach so ergeben noch freiwillig zugunsten der nicht mehr grenzenlos duldsamen Natur transformieren wird. Eher entscheidet er sich für eine besitzstandswahrende, noch gewalttätigere Ausformung. Es sei denn, ihm wird in großem Stil und machtvollstem Umfang die Gefolgschaft verwehrt.

Als Occupy Wall Street formulierte: „Wir sind die 99 Prozent“, war vielen klar, dass dies zwar eine beeindruckende Größe ist, aber nicht geeignet, einen gemeinsamen Anspruch auf eine andere, soziale, ökologische, profitlogikfreie, menschliche Gesellschaft zu formulieren, geschweige denn, langen Atem für gemeinsame Kämpfe zu haben. Das Gemeinsame war der Feind in Gestalt eines Prozents, und niemand konnte die Frage beantworten, ob es schon eine bessere Welt wäre, gäbe es dieses eine Prozent nicht mehr. Das Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsweise macht sich nicht an einem Prozent fest. Es hat alle und alles gegriffen und in seine Fänge beordert. „Die Matrix ist die Welt, die über deine Augen gestülpt wurde, damit du blind für die Wahrheit bist“, sagt Morpheus im ersten Teil der Sci-Fi-Reihe „Matrix“.

Die Welt, von der sogar behauptet wurde, ihr gegenwärtiger Zustand beschreibe das Ende der Geschichte, hat nur dann eine Zukunft, wenn sie sich von den Gegenwart fundamental unterscheidet. Und diese andere Zukunft wird nicht gelingen, bleibt sie nur als Idee formuliert oder in Begriffe gepresst. Sie muss wohl erstritten und erkämpft werden.

Linke Bewegungen, linke Akteur\*innen beginnen ihre Kämpfe damit, die Wahrheit zu sagen. Und die hat viele Gesichter. So viele, dass sich nicht alles auf einen Nenner bringen lässt. Gegen etwas zu sein beschreibt noch lange nicht, wofür man ist. Denn aus größter Unzufriedenheit kann der Wille, eine solidarische Welt zu erkämpfen, genauso erwachsen wie der zutiefst reaktionäre Wunsch, neue Unterdrückung anstelle der herrschenden zu setzen.

Umso wichtiger ist es, sich zu vergegenwärtigen, dass sich überall auf der Welt und in verschiedenster Gestalt linke Proteste und Bewegungen formieren. Trotz ihrer Unterschiedlichkeit: Sie bekämpfen den Status quo. Sie begehren ein besseres Leben, das nicht länger auf Kosten anderer Menschen anderswo in der Welt besser ist. Ein Leben, das die planetaren Grenzen zur Grundlage eines radikalen Umbaus der Verhältnisse macht. Sie kämpfen für Selbstverwirklichung in Gemeinschaft, Freiheit und Gleichheit. Sie sind vielfältig, sie sind unterschiedlich. DIE EINE LINKE gibt es genauso wenig, wie DEN EINEN WEG. Der Kapitalismus hat dafür gesorgt, dass dieses Begehren eines besseren Lebens in Bewegung mündet. Aber sein Grab wird er sich nicht selbst schaufeln.

Jetzt, da Krieg ist, sehen wir, wie die Bilder in dieser Ausgabe zeigen, wie groß und wie gut es ist, wenn ein Wunsch viele Menschen eint und auf die Straßen und Plätze bringt: Denn ohne Frieden sind alle anderen Wünsche obsolet.

Selbstermutigung tut not. Die beginnt mit der Erkenntnis, was die verschiedenen emanzipatorischen Kämpfe eint. Nicht zu übertünchen, was sie trennt, das aber auch nicht zum Maßstab einer möglichen gemeinsamen Sache zu machen. Sich abzugrenzen, ohne nach dem Gemeinsamen zu suchen, ist der leichtere Weg, aber eine Sackgasse. Wo es doch darauf ankommt, die Welt zu verändern. Auch dann, wenn sie sehr unterschiedlich interpretiert wird.

Kathrin Gerlof

## Geklaute Zukunft

Ein fünfzehnjähriges Mädchen beschließt im Herbst 2018, jeden Freitag die Schule zu schwänzen und sich stattdessen in Stockholm vor das schwedische Parlament zu setzen. So lange, bis die Politik ihrer Regierung den Pariser Klimabeschlüssen entspricht. Das Mädchen heißt Greta Thunberg. Der Hashtag zu ihrem ganz persönlichen Klimastreik lautet #Fridaysforfuture.

Was erst mal nach ein bisschen Trotz eines Teenagers aussieht, entwickelt sich schnell zur globalen Bewegung. Hunderttausende Schüler\*innen überall auf der Welt lassen freitags die Schule sein, um für wirksameren Klimaschutz zu demonstrieren. Schon ein halbes Jahr später gibt es Fridays-for-Future-Schulstreiks in Australien, Nord- und Südamerika, fast in jedem westeuropäischen Land und selbst in Russland. Nur in China nicht, dort sind Schulstreiks verboten. Fri-

days for Future wäre ohne Internet und soziale Medien und Smartphones kaum denkbar. Denn Organisationsstrukturen gibt es wenige, die oft minderjährigen Protagonist\*innen können ohne Unterstützung und Mithilfe von Erwachsenen nicht einmal Demonstrationen anmelden. Es ist der Aufstand einer Generation, die sich um ihre Zukunft betrogen sieht, aber auch eine zutiefst bürgerliche Revolte.

Bei Fridays for Future geht es immer ums Ganze. Die Bewegung ist getragen einerseits von einem moralischen Rigorismus, andererseits von der mitunter naiv anmutenden Hoffnung, Vernunft und wissenschaftliche Erkenntnis müssten konsequentes politisches Handeln der Regierungen nach sich ziehen. Trotz Unterstützung diverser gesellschaftlichen Gruppen und Generationen bleibt Fridays for Future eine Jugendbewegung. *aw*



Tokyo, Foto: Rodrigo Reyes Marin / picture alliance / ZUMAPRESS.com

## In grundlegender Weise nicht einverstanden

Linke können sich nicht mit Beruhigungsformeln der Normalität betäuben, sagt Bini Adamczak

*Wir haben uns vorgenommen, mit dieser Ausgabe und dem Thema „Linke Akteur\*innen – linke Bewegungen“ zu ermutigen. Uns, weil das nottut, andere, weil es notwendig scheint: Aber es ist nicht so einfach, denn schon bei der Begriffsbestimmung fällt einer die Frage in den Schoß: Wer sind die linken Akteur\*innen und Bewegungen der Gegenwart?*

Du fängst ja mit einer leichten Frage an! Tatsächlich hören wir oft, dass sich die Links-rechts-Dichotomie erledigt hätte, dass diese Einteilung der Welt nicht mehr viel bringe. Das halte ich für falsch. Die Links-rechts-Dichotomie ist möglicherweise die einzige Dichotomie, die wir sowohl dekonstruieren als auch verteidigen müssen. Dafür braucht es keine historisch abschließende Definition davon, was links bedeutet. Der Begriff lässt sich auf verschiedene Weise provisorisch füllen, wenn wir zum Beispiel links mit emanzipatorisch übersetzen und mit emanzipatorisch Bewegungen und Bestrebungen bezeichnen, die in der Tradition der Französischen Revolution auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität ausgerichtet sind. Wobei die Orientierung an nur einem oder zwei der drei

Terme nicht reicht. Natürlich bleibt historisch immer hart umkämpft, was links ist – und also auch, wer links ist. Es gibt sozialistische Bewegungen, die extraktivistische Politik betreiben, und ökologische Bewegungen, die kolonialrassistische Motive bedienen. Es gibt feministische Bewegungen, die sich nicht antikapitalistisch positionieren und antifaschistische Bewegungen, die nicht feministisch agieren. Und so weiter. Aber was ist der Maßstab, an dem sich diese linken Bewegungen sinnvoll kritisieren lassen? Es ist ein linker Maßstab. An ihm gemessen werden Bewegungen dort kritisierbar, wo sie im Gewand universeller Forderungen partikuläre Interessen auf Kosten anderer artikulieren, wo sie einige Kämpfe gegen andere ausspielen. Der Maßstab der linken Kritik ist also der einer universellen Emanzipation, die nicht eine Herrschaft durch eine andere ersetzen will, sondern am Ziel der Abschaffung von Herrschaft ausgerichtet ist.

*Was Linke dabei auszuzeichnen scheint, ist die Unversöhnlichkeit und die Lust an der Abgrenzung.*



Foto: Chris Grodotzki

**Bini Adamczak** arbeitet als freie Autorin und Künstlerin in Berlin. Sie arbeitet und schreibt über Kommunismus, Revolution und queerfeministische Ökonomiekritik und promovierte über das „Geschlecht der Revolution“. 2004 erschien von ihr „Kommunismus – kleine Geschichte, wie endlich alles anders wird“ im Unseld-Verlag, 2017 in der Edition Suhrkamp „Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende“.

*Noch bevor die Gemeinsamkeiten bestimmt sind, werden Haltelinien definiert. Noch bevor eine verbindende Beziehungsweise erkannt ist, wird erklärt, was alles fundamental trennt. Ist das eine Krankheit? Ist es heilbar?*

Ich bin mir nicht sicher, ob das in der Linken tatsächlich stärker ausgeprägt ist als in anderen Teilen der Gesellschaft. Schließlich entstammt die Linke denselben Verhältnissen, unterliegt denselben Kräften. Solange die grundlegenden Beziehungsweisen, in denen sich diese Gesellschaft reproduziert, die allgemeine Abhängigkeit der Menschen voneinander in Form von Indifferenz und Konkurrenz organisieren, sollte es nicht verwundern, dass auch andere gesellschaftliche Beziehungen hiervon geprägt werden. Zumal im neoliberalen Kapitalismus, der die gesellschaftliche Fragmentierung und Individualisierung noch radikalisiert. Das wirkt auch auf Bewegungen, die gerade für die Überwindung dieser Beziehungsweisen kämpfen.

Wir könnten höchstens vermuten, dass Konflikte in der Linken deutlicher sichtbar werden, zum einen, weil es ihr im Gegensatz zur sogenannten Mitte schwerer fällt, sich durch Beruhigungsformeln der Normalität betäuben zu lassen, etwa durch die Lüge, alles sei auf dem richtigen Weg, die Pandemiebekämpfung zum Beispiel liefere ja schon ganz gut. Zum anderen, weil ihr im Gegensatz zur Rechten der Ausweg der Unterordnung eher versperrt ist, weil sie schwerer Gemeinsamkeit herstellen kann durch Zwangsvereinheitlichung und Unterwerfung, durch Befehl und Gehorsam.

Davon abgesehen kann es tatsächlich verwundern, dass auch in der Linken, die in einer materialistischen Tradition steht, so viele Auseinandersetzungen über die richtige Position, Haltung, Meinung geführt werden. Schließlich geht es der materialistischen Linken ja weniger darum, Ideen über die Lebensverhältnisse, eher darum, die Lebensverhältnisse selbst zu ändern. Vielleicht braucht es hier eine Fokusverschiebung von der Frage, wofür wir stehen, zu der Frage, in welchen Beziehungen wir stehen, von der Frage, wer wir sind, zu der Frage, in welchen Verbindungen wir uns befinden. Allerdings weniger im Sinne einer theoretischen Reflexion, sondern mehr im Sinne einer praktischen Organisation.

*Linke neigen ja, wenn man zum Beispiel an Griechenland denkt, am Anfang oft zur Heldenverehrung. Und wenn sich die Helden und Heldinnen dann die Hände schmutzig machen müssen im praktischen Versuch, die Lebensverhältnisse zu ändern, schaut man mit einer gewissen Verachtung darauf und entsolidarisiert sich. Entweder ist die Anspruchshaltung zu groß oder Ansprüche lassen sich gar nicht einlösen.*

Große Hoffnungen können natürlich zu großen Enttäuschungen führen. Nicht wenige Linke, insbesondere in Deutschland, ziehen daraus den Schluss, dass es besser ist, sich die Hoffnung gleich zu verbieten. Damit schließen sie sich einer politischen Grundhaltung der Mehrheitsgesellschaft an. Spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges, dem Ende der Geschichte, lautet die dominante Ideologie nicht, dass Kapitalismus super ist, dass er Freiheit, Wohlstand und Glück

bedeutet, sondern dass er alternativlos ist. Selbst wenn Kapitalismus Pandemien und Klimakatastrophen bringt, lässt er sich nicht ersetzen. Widerstand ist zwecklos. Kapitulation noch vor dem Kampf. Dass die Linke immer mal wieder Hoffnungen entfacht, die später enttäuscht werden, würde ich ihr nicht vorwerfen wollen. Nicht selten ist die Hoffnung auch gerechtfertigt. In den letzten Jahren hat die Linke viele Teilkämpfe gewonnen, und auch dort, wo sie unterlag oder scheiterte, war das nicht notwendigerweise schon vor Beginn klar. In bestimmten Bereichen, etwa der Erinnerungspolitik, gehört es zudem zur Aufgabe der radikalen Linken, auch verlorene Kämpfe zu kämpfen.

Im Falle von Griechenland sehe ich das Problem schon bei der Wahl der Helden. Zunächst richtete sich die Solidarisierung auf eine radikaldemokratische Bewegung, die Plätze besetzte und Initiativen solidarischer Ökonomie begründete, die breit angelegt war und den Begriff des Politischen auch um den Bereich der Reproduktion erweiterte. Dann hat sich die libidinöse Energie plötzlich auf eine Partei gerichtet, auf zwei Männer an ihrer Spitze, auf die traditionelle Repräsentation in der internationalen Arena. Eine unglückliche Abkürzung.

*Der Kapitalismus als „weltumspannende Fatalität“ (Sloterdijk beschreibt so die Sicht des melancholischen Soziologen auf die Welt) – zuerst einmal müsste also dieses Bild, diese Vorstellung gebrochen, zerbrochen werden, dass sich nichts ändern lässt. Hat sich diese Fatalität in unsere DNA eingeschrieben? So dass wir gar nicht mehr in der Lage sind, alle Möglichkeiten zu umarmen?*

Wir benutzen den Begriff des Kapitalismus meist im Singular. Nicht ganz zu Unrecht. Kapitalismus ist die Gesellschaft, die sich permanent ändert und doch auf ewig stillsteht. Aber zugleich nimmt der Kapitalismus Tausende verschiedene Formen an, zeitlich, aber auch räumlich. Es ist nicht immer der gleiche Kapitalismus. Und so ist auch die fatalistische Atmosphäre, die ihn zu umhüllen scheint, nicht immer und überall gleich und gleich dicht. Deutschland befindet sich in dieser Hinsicht schon mindestens in einem Herzen des Fatalismus. Bereits in Frankreich sieht das anders aus, die Erinnerung an die siegreiche Revolution lässt sich schnell wieder zu Leben erwecken. Auch in Lateinamerika atmen viele Aktivist\*innen eine andere Atmosphäre. Die radikalen feministischen Massenbewegungen etwa haben viel erkämpft, was die meisten noch kurz zuvor kaum für möglich gehalten hätten. Doch die gewaltigen Anstrengungen scheinen sie nicht erschöpft, sondern ihnen neue Kraft gegeben zu haben. Es macht Sinn, regelmäßig über den nationalen Tellerrand zu blicken, wie es auch Sinn macht, die lokalen Siege als solche zu feiern. In den Auseinandersetzungen um Häuser, Geschlecht, Sexualität hat es da in letzter Zeit einige gegeben. Es ist notwendig diese Geschichten zu erzählen, um aus dem neoliberalen Gefühlsgefängnis, das den Handlungsspielraum immer auf das Individuelle, auf Karriere und Familie beengt, auszubrechen.

*Ich möchte einen so altmodisch klingenden Begriff wie „historischer Optimismus“ bemühen. Die Geschichte,*



Oxford, Universität / Quelle: Aleks Majak@Alexandra / Twitter

*denkt man, kann sich auf niemandes Seite schlagen. Aber sie kann ermutigen. Woraus ließe sich denn Mut schöpfen? Du hast über zwei gescheiterte Revolutionen und deren Beziehungsweisen geschrieben. 1917 und 1968. Es wäre zu einfach, zu sagen: Daraus lässt sich lernen und dann wird es besser gemacht. Denn eher scheint es, dass wir zu viel vergessen. Oder – noch schlimmer – dass wir zu wenig lernen.*

Ich habe Schwierigkeiten mit dem Optimismus. Es gibt in der Geschichte der Linken auch die Tradition des Zweckoptimismus. Die Behauptung, der linke Sieg müsse mit Notwendigkeit, durch die Gesetze der Geschichte garantiert, eintreten. Es sei nur eine Frage der Zeit, es könne nicht mehr lange dauern. Durchhalteparolen, die oft zu Burnout geführt haben und nicht selten dazu, dass die Menschen, die so in die vermeintlich letzte Schlacht geführt wurden, in ihr umkamen. Rosa Luxemburg wusste davon. Aber wir können die Geschichte der Emanzipation auch nicht ausschließlich als eine Geschichte von Niederlagen erzählen. Sie ist dicht bevölkert

von angebrochenen Anfängen, von überschießenden Möglichkeiten, die über das hinausweisen, was Wirklichkeit geworden ist. Es ist eine lohnende Aufgabe, diese Momente, die unter Konterrevolutionen und inneren Konterrevolutionen begraben liegen, freizulegen, um an sie anknüpfen zu können. Aber noch davor ist es notwendig, die Niederlagen überhaupt anzuerkennen. Auch die vernichtenden. Wenn in Deutschland eine besondere Form linker Melancholie vorherrscht, dann auch weil diese Stimmung von der geschichtlichen Erfahrung nahegelegt wird. Von Verrat, Niederschlagung und Einhegung revolutionärer Versuche, von Zerstörung und teilweise Auslöschung linker Traditionen. Das bleibt spürbar. Es ist wichtig, Erfolge zu erzählen und Siege zu feiern, ebenso wichtig ist es, Scheitern zu reflektieren und Niederlagen zu betrauern.

*Sachzwang, Sachherrschaft nennt es Eva von Redecker. Die ließe sich ja nur durch Bewegung aus etwas heraus*

*bezwingen. Vielen Bewegungen ist immanent, dass sie das Elend der Gegenwart sehr gut analysieren, die Verheißung einer anderen Zukunft aber nicht gut beschreiben, geschweige denn benennen können. Dass wir rauswollen, lässt sich sagen. Wo wir hinwollen, bleibt opak. Uns wurde das Ende der Geschichte postuliert und viele haben sich gedacht: Vielleicht stimmt es ja. Nach dem Kapitalismus können nur noch die Außerirdischen kommen. Aber ohne ein Bild, eine Vorstellung von der Zukunft zu haben, lässt sich Gegenwart doch gar nicht ändern?*

Das Ende der Geschichte ist zu Ende. Seit der Weltwirtschaftskrise 2008, die ab 2011 zu einer politischen Krise wurde. Seitdem ist die Geschichte wieder offen. Nur bedeutet diese Offenheit eine Offenheit in verschiedene Richtungen, auch in Richtung Faschismus. Die sogenannte Mitte hat massiv an Macht und Anziehungskraft verloren. Das ist in Deutschland noch weniger sichtbar als in anderen europäischen Ländern oder den USA, trifft aber auch hier zu. Der Status quo ist instabil. Ich stimme dir zu, dass viele linke Bewegungen stärker negativ konturiert sind. Es ist oft deutlicher, wogegen sie kämpfen, als wofür. Das ist beim Antifaschismus offenkundig: Faschisierung aufhalten, Rechtsruck stoppen! Bei der Ökologiebewegung ist es ähnlich: Zerstörung verhindern, Katastrophe abbremsen! Die Demokratie retten, den Planeten retten – das scheinen zunächst konservative Kämpfe zu sein, die etwas Bestehendes erhalten wollen. Aber beide Kämpfe weisen auch darüber hinaus. Bereits in dem Moment, in dem sie an die Ursachen der Probleme rühren, die sie bekämpfen. Der Faschismus ist ohne die kapitalistische Gesellschaft nicht verstehbar, auf deren Krise er als konformistische Revolte reagiert. Und die ökologische Zerstörung ist nicht greifbar ohne den Wachstumszwang der Mehrwertproduktion, der um keinen Preis der Welt angehalten werden darf. Wo diese Kämpfe sich selbst ernst nehmen, scheint in ihnen etwas anderes auf als das, was bereits da ist. Das Versprechen einer kollektiven Stärke etwa, die nicht auf Abwertung und Ausgrenzung von Schwäche basiert. Ein Zusammenhalt, der nicht durch Unterordnung gewonnen wird. Menschlichkeit, die nicht auf dem Ausschluss nichtmenschlichen Lebens fußt. Vergesellschaftung, die die Spaltung von Welt und Umwelt überbrückt.

Das ist in anderen Kämpfen deutlicher, die nicht so sehr gegen eine Verschlechterung, sondern für eine Verbesserung des Lebens kämpfen. Etwa in queerfeministischen Kämpfen, die sich gegen Machtverhältnisse richten, deren komplexe Erbschaften noch vor den Kapitalismus reichen. Das Verlangen, diese Herrschaftstraditionen zu beenden, ist zugleich ein Verlangen nach einem freieren Leben der Körper und Lüste, nach einem weniger exklusiven Verhältnis von Anonymität und Intimität, nach gemeinschaftlicherer Sorge und somit mehr Sorgenfreiheit.

*Dieser Griff nach der Zukunft scheint mir unser Lindenblatt zu sein. An der Stelle sind wir so verwundbar. Wir reden ja gar nicht mehr von Revolution. Stattdessen von Transformation. Und wir hoffen, dass es für diese – ja eher sanfte, nicht umstürzlerische –*

*Veränderung des Kapitalismus ausreichend Bewegungsenergie gibt. Angesichts der Bedrohung unseres gesamten planetaren Systems scheint die Machtfrage nicht mehr stellbar. Dabei war doch die Entscheidung der Machtfrage – also der weltweite Siegeszug eines ökonomischen Systems, das hocheffizient und sehr erfinderisch ist – der Ausgangspunkt des Dilemmas, in dem wir stecken. Aber wir können nicht beantworten, ob die Machtfrage nicht immer eine gewalttätige Frage ist.*

Die Erfahrung aller vergangenen Emanzipationsversuche hat uns gelehrt, immer mit der gewaltsamen Konterrevolution zu rechnen. Wer sich der Fantasie hingibt, das nächste Mal werde es sicher gewaltlos zugehen, einfach weil es schöner wäre, wenn diejenigen, die am stärksten von den herrschenden Verhältnissen profitieren, freiwillig ihre Macht abgeben würden, handelt verantwortungslos. Dass auch die Mächtigsten Produkte der herrschenden Verhältnisse sind, bedeutet nicht, dass sie nicht alle Mittel anwenden würden, um den Abstand zu den Nächsten und Übernächsten zu erhalten. Wer gegen die strukturelle Gewalt der Verhältnisse kämpft, muss mit der manifesten Gewalt ihrer Verteidigung kalkulieren. Und muss also Möglichkeiten erwägen, wie dieser begegnet werden kann.

Die Bolschewiki haben die Konterrevolution immer erwartet. Ihre ganze Politik hatte die Form einer präventiven Konterkonterrevolution. Um die Konterrevolution zu besiegen, haben sie sich ihr anverwandelt. Das ist die zweite Gefahr, der wir uns bewusst sein müssen. Mit der Konterrevolution zu rechnen bedeutet, nicht von vornherein auszuschließen, dass sie kommen kann. Aber es bedeutet auch, nicht vorauszusetzen, dass sie kommen muss. Die Suche nach gewaltlosen Wegen der Transformation ist notwendig. Schon allein, weil die Gewalt immer die Möglichkeiten einer solidarischen Gesellschaft untergräbt. Aber wir können diese Wege, falls es sie in der konkreten historischen Situation gibt, nur finden, wenn wir uns über die Gefahr der Konterrevolution keine Illusionen machen.

*Es haben kluge Menschen versucht, eine gewaltfreie Erzählung zu entwickeln. Indem sie aus den ökonomischen Sachzwängen eine Entwicklung formulieren, die sowieso zum Absterben des Kapitalismus führt. Ich halte das, angesichts einer 500 Jahre währenden erfolgreichen Geschichte, für ein Ausweichmanöver, aber immerhin motivierend. Oder machte es uns eher lethargisch, darauf zu bauen, dass der Kapitalismus schon sein eigener Totengräber sein wird?*

Dass der Kapitalismus krisenförmig ist und die Wirtschaftskrise von 2008 nicht die letzte gewesen sein wird, können wir als gegeben annehmen. Wir müssen auch davon ausgehen, dass die Krisen sich verschärfen werden. Aber was ist damit gewonnen? Selbst wenn der Kapitalismus automatisch zusammenbräche, dann wäre damit noch nicht die Frage beantwortet, was danach kommt und wie das, was danach kommen soll, eintreten kann. Das ist ein Trick, der von der eigentlichen Aufgabe ablenkt. Wir müssen die Frage stellen, was an die Stelle des Kapitalismus treten kann und soll, weil die Krise darauf keine Antwort geben wird.



Ukrainische Botschaft in Minsk, Belarus / Quelle: Belarus Free Theatre@BFreeTheatre / Twitter

## Die neue Linke in Südosteuropa

Eine Studie zu Entstehungsbedingungen, Kämpfen, Erfolgen und Misserfolgen linker Akteur\*innen

Von Krunoslav Stojaković

Am Morgen des 15. April 2009 wurde die Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften in Zagreb von Studierenden besetzt. Was als ein weiterer Studentenstreik gegen die ausufernde Kommerzialisierung der Hochschulbildung begann, wurde alsbald zur Chiffre der Wiedergeburt der Linken im postsozialistischen Balkan. Inspiriert wurden die Zagreber Student\*innen von einer kurzlebigen Studentenbesetzung in Belgrad, die 2006 stattgefunden hatte. Sie organisierten ihren Kampf mit einem Ziel (freie Bildung), einer Methode (Blockade und Besetzung) sowie einer Form (Vollversammlung oder Plenum). Die Besetzung trug dabei alle Merkmale der sich entwickelnden neuen Balkan-Linken: ein breites Bündnis linker und fortschrittlicher Akteur\*innen, Verteidigung von Allgemeingütern, die Ausarbeitung einer antikapitalistischen Kritik an den postsozialistischen Verhältnissen sowie der Einsatz horizontaler und partizipativer Demokratie.

Jeder, der einigermaßen mit der schier endlosen „Transition“ der postsozialistischen Gesellschaften zu Marktwirtschaften und liberalen Demokratien seit 1989 vertraut ist, wird erkennen, wie deplatziert diese Zagreber Ereignisse für die Menschen in dieser Region wirken mussten; einer Region, in der sowohl die sozialistische Ideologie als auch die sozialistische und kommunistische Arbeiterbewegung auf dem Müllhaufen der Geschichte landen sollten.

Der Zusammenbruch des sozialistischen Blocks hatte nicht nur ganze politische Systeme von der Landkarte getilgt, sondern auch die Organisationsstrukturen und kulturellen Traditionen der Arbeiterbewegung. Buchstäblich über Nacht wurde das Eintreten für Solidarität und soziale Gleichheit politisch, sozial und kulturell an den Rand gedrängt. Auch ihre materiellen Symbole sollten durch die Zerstörung und Entfernung von Denkmälern, die Umbenennung von Straßen und die Ände-

rung des öffentlichen Vokabulars hastig ausgelöscht werden.

Indes, der Finanzcrash von 2008 und sein globaler Charakter erleichterten – nach zwei Jahrzehnten nahezu absoluter Dominanz neoliberaler und rechtskonservativer Ideologien und Akteure – eine allmähliche Wiederbelebung antikapitalistischer Kritik in den Medien und der Öffentlichkeit. Die Ideen der neuen Linken stießen somit auf neues Interesse, Neugier und sogar Unterstützung in den Bevölkerungen, die von den Jahren des Kapitalismus, der neoliberalen Umstrukturierung, der Austerität, der massenhaften Gewalt und Diskriminierung von Minderheiten, des extremen Nationalismus und der autoritären Führungseliten erschöpft waren. In den postjugoslawischen Staaten hatten die Bürger\*innen in den 1990er Jahren eine Reihe verheerender Kriege erlebt, die bis zu 130.000 Menschenleben forderten. Millionen Menschen wurden vertrieben und ohne Woh-

nung und Arbeit zurückgelassen. Der „Aufschwung“ der Nachkriegszeit erfolgte in Form von Privatisierungskampagnen, die ausländischen Unternehmen und Banken lukrative Geschäfte ermöglichten und eine neue Wirtschaftsoligarchie hervorbrachten, die eng mit der postsozialistischen politischen Elite verbunden und oft nicht von ihr zu unterscheiden war. Diese Rahmenbedingungen brachten linke Denker\*innen und Ideen zurück in die Öffentlichkeit. Sie ermöglichten eine Wiedergeburt der Linken auf dem postsozialistischen Balkan.

Was also ist die neue Balkan-Linke? Wir verwenden den Begriff in unserer Studie nicht nur für Organisationen, die sich offen als der Linken zugehörig definieren, sondern auch für progressive politische und soziale Bewegungen, die viele Werte und Ziele der Linken teilen. Mit anderen Worten, wir beziehen uns auf Ereignisse, Aktionen, Initiativen, Bewegungen, Gruppen und Akteur\*innen, die nicht unbedingt eine klar definierte und vollständig organisierte politische Einheit darstellen.

Die neue Balkan-Linke entwickelt sich in einer Region, die in EU-Mitgliedsstaaten (Slowenien, Kroatien, Rumänien und Bulgarien) und EU-Beitrittskandidaten (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Nord-Mazedonien, Montenegro und Kosovo) geteilt ist, wobei die Europäische Union diese Nicht-Mitgliedsländer in einer Art Ghetto mitten in Europa eingeschlossen hat. Trotz ihrer internationalistischen Sichtweise schwankt die Position der neuen Balkan-Linken gegenüber der EU zwischen kritischem Vorbehalt und Ablehnung. Ein Teil der wachsenden Skepsis gegenüber der EU und ihren Institutionen lässt sich auf die autoritäre Politik der Troika gegenüber der Syriza-Regierung in Griechenland zurückführen, die vielen Menschen auf dem Balkan als Hoffnungsschimmer gedient hatte. Noch ernüchternder ist jedoch die soziale und wirtschaftliche Not, unter der so viele Menschen in den EU-Mitgliedsstaaten leiden. Eine Studie ergab beispielsweise, dass 2015 der Unterschied im BIP zwischen dem ärmsten EU-

Mitgliedsstaat Bulgarien und dem reichsten, Luxemburg, bei 1:14 lag und zwischen Bulgarien und Dänemark, dem Land mit dem zweithöchsten Pro-Kopf-BIP in der EU, bei 1:7,6 – was bedeutet, dass der EU-Beitritt den neuen postsozialistischen Mitgliedern keine unmittelbare Erholung gebracht hat. Bestenfalls hat er einigen Staaten dringend benötigte Mittel für die Infrastruktur zugeführt, aber das Ausbleiben des erwarteten Wirtschaftswachstums nach der Integration hat Zehntausende von Menschen dazu gebracht, ihre Länder zu verlassen. Kroatien, Rumänien und Bulgarien verlieren immer mehr Einwohner\*innen, und ein ähnliches Migrationsmuster trifft auch auf Bosnien-Herzegowina, Serbien und Nord-Mazedonien zu.

In den neuen Mitgliedsstaaten hat der EU-Beitritt auch nicht dazu geführt, die Bedrohung durch neokonservative, nationalistische und rechtsgerichtete politische Akteure einzudämmen, von denen sich einige offen des historischen Faschismus bedienen, um Unterstützung zu generieren. Die Tendenz, dem Geschichtsrevisionismus in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg institutionell entgegenzukommen, ist besonders besorgniserregend in Kroatien, wo er von Ustascha-Affinen und radikalen katholischen Organisationen stark gefördert wird, aber auch in Bulgarien, wo Rechtsradikale häufig an der Regierung beteiligt sind. Und im EU-Kandidatenland Serbien wurde die Kollaborationsbewegung der Tschetniks offiziell zu einer „zweiten antifaschistischen Bewegung“ neben den kommunistischen Partisanen umdefiniert. Es ist daher nicht überraschend, dass die Linke auf dem Balkan die EU ambivalent wahrnimmt. Nichtsdestotrotz nehmen Akteur\*innen der neuen Linken an den Wahlen zum Europäischen Parlament teil und arbeiten an der Bildung gesamteuropäischer Bündnisse, wie das Beispiel von Levica aus Slowenien zeigt.

In insgesamt sieben Kapiteln zeichnen wir den unerwarteten Aufstieg dieser neuen Linken nach. Wir beschreiben und analysieren verschiedene Kämpfe, anstatt uns nur auf be-

stimmte Ereignisse, Bewegungen oder Länder zu konzentrieren. Wir untersuchen zunächst die Rolle der Linken im Rahmen verschiedener Massenproteste, die oft durch Armut, Korruption und Autoritarismus ausgelöst wurden. Anschließend erörtern wir die Kämpfe für freie Bildungsmöglichkeiten auf allen Ebenen, die das Wiederaufleben dieser neuen Linken überhaupt erst ausgelöst und zu einer weit verbreiteten gesellschaftlichen Unterstützung für progressive Politik geführt haben.

Auch verschiedene Formen des Arbeitskampfes standen und stehen wieder ganz oben auf der Agenda der Linken. Die neue Linke war zudem relativ erfolgreich bei der Initiierung zahlreicher gegenhegemonialer Kämpfe in den Bereichen Medien, Wissenschaft, Kultur und Kunst, wodurch der dringend benötigte Raum für eine breitere Akzeptanz linker Theorien und Argumente geschaffen wurde. Viele der Akteur\*innen, über die wir in diesem Zusammenhang sprechen, engagieren sich in sogenannten Solidaritätskämpfen, wo in Not geratenen Menschen (beispielsweise bei Zwangsräumungen) ad hoc Unterstützung angeboten wird. Dazu gehört aber auch die Unterstützung von Flüchtlingen auf ihrer Flucht über die Balkanroute. Diese wiedergeborene Linke, mit all ihren Erfolgen und Misserfolgen, stellt eine wachsende soziale, kulturelle, mediale und intellektuelle Kraft in den heutigen Balkangesellschaften dar, die sich zwar erst noch als relevante politische Kraft durchsetzen muss, aber inzwischen wahrnehmbar die politische Arena betreten hat.

**Krunoslav Stojaković** leitet das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Belgrad und Tuzla (Bosnien-Herzegowina).

Das Buch „The New Balkan Left. Struggles, Successes, Failures“ von Igor Štikis und Krunoslav Stojaković kann als kostenloses PDF auf der Homepage des Belgrader Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung heruntergeladen werden.

## Eine europäische Linke

Linke Politiker\*innen und Denker\*innen hatten immer mal wieder eine Vision von Europa. Der Sozialist François Mitterrand entwarf bereits kurz nach seiner Wahl zum französischen Präsidenten Anfang der 1980er Jahre sein „L'Europe Méditerranée“ als Antwort auf die wirtschaftsliberale Europäische Gemeinschaft. Der italienische Philosoph Giorgio Agamben favorisierte ein Europa Latina, kulturell und sozial vom Süden geprägt. Der kurzzeitige Finanzminister Griechenlands, Yanis Varoufakis, zeichnete einen kooperatistischen Gegenentwurf zum rigiden Spardogma. Einzelne linke Politiker und Denker, linke Parteien weniger.

Weil Linke in Europa aber doch etwas mehr sein sollten als eine Fraktionsgemeinschaft im europäischen Parlament, gründeten diverse sozialistische und kommunistische Parteien 2004 in Rom die Europäische Linke. Treibende Kraft war dabei Fausto Bertinotti, damals Generalsekretär der Rifondazione Comunista, ein undogmatischer Re-

formkommunist, der auf ein vereintes Europa im Kampf gegen einen globalen Finanzkapitalismus setzt.

Doch die Europabegeisterung des Italieners war schon bei Parteigründung keineswegs Konsens innerhalb der Europäischen Linken. Eine ganze Reihe der inzwischen 25 Mitgliedsparteien wollen lieber weniger als mehr Europa. Und manche der zeitweise national erfolgreichen linkspopulistischen Parteien wie „La France insoumise“ sind nicht einmal Vollmitglieder, sie werden in der Europäischen Linken nur als Beobachter geführt.

Eine wichtige Rolle in der Europäischen Linken spielt hingegen die Linkspartei aus Deutschland, die drei der bisherigen fünf Vorsitzenden stellte. Von 2007 bis 2010 war der einstige Parteivorsitzende Lothar Bisky Präsident des europäischen Zusammenschlusses, dann von 2016 bis 2019 der vormalige Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Gregor Gysi. Im Dezember 2019 folgte ihm Heinz Bierbaum aus dem Saarland. *aw*





Proteste in Petersburg, Russland / Quelle: Volodymyr Zelenskyy Fan Page@Volodymyr\_Zelen / Twitter

## Machtvolle Wiederbelebung

In Griechenland entwickeln soziale Bewegungen eine beachtliche Widerstands- und Mobilisierungsfähigkeit. Von Maria Oshana

Mit dem Wahlsieg der rechtskonservativen Nea Dimokratia im Juli 2019 trat Griechenland in eine neue, autoritäre Phase ein. Unmittelbar nach der Wahl leitete die Regierung, begleitet von rassistischer und nationalistischer Rhetorik, den Umbau Griechenlands zum Polizeistaat ein. Sie begann mit dem Abbau von Arbeitsrechten, einer Verschärfung des Asyl- und Migrationsrechts und der vollständigen Ausrichtung der Wirtschaft auf die Interessen des Kapitals. Seit dem Ausbruch der Pandemie wurde diese Politik unter dem Vorwand des Gesundheitsschutzes fortgesetzt und forciert. Während in vielen europäischen Ländern Milliarden in die öffentliche Gesundheitsversorgung und Hilfsprogramme zur Unterstützung der Bevölkerungen flossen, weitete die griechische Regierung als erste „Maßnahme“ ihren Einfluss auf die Medien aus, indem sie für insgesamt 20 Millionen Euro Anzeigen in regierungsnahen Medien schaltete. Vergabeverfahren für Staatsaufträge wurden ausgesetzt und Aufträge in Millionenhöhe an befreundete Unternehmen vergeben. Anstatt den Gesundheitssektor zu stärken, wurden Intensivbetten in Privatkliniken gemietet,

später wurde sogar Gesundheitspersonal aus öffentlichen Krankenhäusern an Privatkliniken zwangsverliehen. Zugleich wurden mit dem Argument des Gesundheitsschutzes der Polizeiapparat aufgerüstet und Demonstrationen verboten. Zudem verabschiedete die Regierung eine Vielzahl von Gesetzen, u.a. ein selbst von konservativen Staatsrechtler\*innen kritisierendes Gesetz, welches das Demonstrationsrecht massiv einschränkt und ein Verbot von Demonstrationen erleichtert, sowie ein neues Hochschulgesetz, das den Zugang zum Studium massiv erschwert und zusätzlich eine Universitätspolizei vorsieht. Durch die massive Repression und die Einschränkungen des öffentlichen Lebens im ersten dreimonatigen harten Lockdown schienen auch die verbliebenen Spielräume für linke Organisation und Proteste wegzubrechen. Trotz oder gerade wegen dieser Rahmenbedingungen zeigten die sozialen Bewegungen eine beachtliche Widerstands- und Mobilisierungsfähigkeit und entwickelten zudem neue Dynamik und Stärke. Dabei konnten sie auf Erfahrungen und Praktiken der Krisenjahre zurückgreifen, Kräfte aus unterschiedlichen zivilge-

sellschaftlichen Spektren bündeln und einige erfolgreiche Kampagnen und Kämpfe organisieren.

Die sozialen Medien haben schon vor der Pandemie eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von Informationen, bei kritischer Begleitung politischer Prozesse und für die Mobilisierung von Protesten gespielt. Eine Notwendigkeit in einem Land, in dem die Medienlandschaft von wenigen rechtskonservativen Unternehmern dominiert wird. Mit Verhängung des ersten Lockdowns im März 2020 konnten die sozialen Bewegungen also auf ein Aktionsmittel zurückgreifen, mit dem sie schon einige Erfahrungen hatten, und schnell auf die neue Situation reagieren. Während europaweit Linke „Stay home“ skandierten, machten Aktivist\*innen der radikalen Linken in Griechenland „Physical distance – social solidarity“ zum Prinzip des Handelns und starteten die Online-Kampagne „Keiner allein/keine allein“ (Kanenas monos/kanena moni). Über sie organisierten sich nachbarschaftliche Hilfe, Küfas (Küche für alle) für Geflüchtete und Wohnungslose sowie Proteste vor Produktionsstätten und anderen Unternehmen,

um die dort Beschäftigten in ihrem Kampf für ansteckungssichere Arbeitsbedingungen zu unterstützen. Über praktische Unterstützung hinaus fungierte die Kampagne als Plattform der Intervention in den herrschenden Diskurs und der kritischen Berichterstattung über die Regierungspolitik. So konnten trotz hartem Lockdown schnell eine landesweite Vernetzung von Initiativen organisiert, Informationen geteilt, Aktionen geplant und angekündigt werden. Auch wurden Online-Lesungen und -Solidaritätskonzerte veranstaltet, um die Menschen nicht Isolation und Einsamkeit zu überlassen.

Die Kampagne „Sie sind nicht unschuldig – Nazis in den Knast“ (Den einai athoi – i nazi sti filaki) zum Ende des Prozesses gegen die faschistische „Goldene Morgenröte“ im Herbst 2020 markiert den größten Erfolg antifaschistischer Mobilisierung der letzten Jahre. Nach fünfeinhalb Jahren Prozessdauer sollte am 7. Oktober das Urteil verkündet werden. Nach der Bekanntmachung des Termins für die Urteilsverkündung rief die Familie des ermordeten Pavlos Fyssas dazu auf, sich am Tag der Urteilsverkündung vor dem Gericht zu versammeln und ein klares Zeichen zu setzen. Der Aufruf „Sie sind nicht unschuldig – Nazis in den Knast“ ging viral. In den Wochen vor dem 7. Oktober fanden in allen Landesteilen fast täglich Aktionen statt, Tausende stellten das Logo der Kampagne auf ihren Accounts in den sozialen Medien ein. Die Mobilisierung war so mächtig, dass sich schließlich fast das gesamte politische Spektrum hinter der Parole versammelte und die „Goldene Morgenröte“ verurteilte, unter ihnen auch die Regierungspartei Nea Dimokratia, die in den vorangegangenen Jahren zum Teil enge Beziehungen zu den Faschisten unterhalten und sich im Wahlkampf deren Rhetorik und Agenda bedient hatte. Auch die großen Medien, die erheblichen Anteil daran hatten, die „Goldene Morgenröte“ als „normale“ Partei darzustellen, deren Ideologie zu verharmlosen und führende Köpfe der Organisation in Lifestyle-Artikeln zu featuren, sprachen jetzt von Faschisten und Kriminellen. Am Tag der Urteilsverkündung versammelten sich 40.000 Menschen vor dem Gericht in Athen und feierten die Verurteilung der „Goldenen Morgenröte“.

Trotz Pandemie, Lockdown und massiven Einschränkung des Demonstrationsrechts gingen im Februar 2021 landesweit Tausende Studierende auf die Straße, unterstützt von Professor\*innen und Universitätsdirektor\*innen sowie Jurist\*innen, die das neue Hochschulgesetz als unverhältnismäßig und verfassungswidrig kritisierten. Die Polizei ging zum Teil mit massiver Gewalt gegen die Demonstrierenden vor und versuchte, die Proteste als Aktionen gewalttätiger Krimineller zu diskreditieren. Dass die Regierung mit dieser Erzählung trotz weitgehender Kontrolle der Medien nicht erfolgreich war, war auch linken Fotojournalist\*innen zu verdanken, die Polizeigewalt dokumen-



Dresden, Sachsen / Quelle: Nurder Koch@NurderK / Twitter

tierten und damit das Narrativ von Regierung und Polizei dekonstruierten. Nach wochenlang anhaltenden Protesten, denen sich immer mehr Menschen anschlossen, musste die Regierung schließlich zurückrudern und die Universitätspolizei auf Eis legen.

Diese Aktionen sind Ausdruck vielfältiger Proteste und der Wiederbelebung linker Organisation. Sei es die feministische Bewegung, die seit einigen Jahren stetig wächst, mit der #Metoo-Bewegung den Diskurs über Femizide und sexuelle Gewalt anführt und Patriarchatskritik mit Kapitalismuskritik verbindet, oder die Jugendbewegung gegen staatliche Repression. Obwohl die Linke in Griechenland aus unterschiedlichen Formationen, Gruppierungen und Organisationsformen besteht und stark fragmentiert ist, ist sie in Zeiten der Krise zu Bündnissen und breiter Mobilisierung fähig. Neben den sozialen Medien als Instrument der Vernetzung, Informationsverbreitung und Mobilisierung spielen in den jüngsten Kämpfen Jurist\*innen eine zentrale Rolle. Dies hat wesentlich damit zu tun, dass es in vielen Auseinandersetzungen um neue Gesetze, rechtswidrige Polizeieinsätze- und -gewalt sowie um die Kriminalisierung von Protesten geht. In Griechenland gibt es zudem die besondere Situation, dass viele Anwältinnen und Anwälte Teil der politischen Bewegung sind, also zugleich in Prozessen auftreten und an Protesten beteiligt sind und in den Bewegungen aktiv sind. An der Seite und ebenfalls Teil der Bewegungen sind Fotojournalist\*innen, die mit der Dokumentation von Protesten dazu beitragen, die Medienmacht zu durchbrechen und – in manchen Fällen – wichtiges Beweismaterial der Verteidigung bei Anklagen liefern.

Die Mobilisierungen der letzten zwei Jahre mögen von außen betrachtet spärlich und schwach erscheinen. Vor dem Hintergrund einer mehr als zehn Jahre andauernden Finanzkrise, dem Scheitern einer linken Regierung, dem gesellschaftlichen Rechtsruck und einer autoritären Regierung sind sie Zeichen der Hoffnung. Die sozialen Bewegungen sind wieder in Bewegung gekommen und gewachsen, sie lassen sich nicht einschüchtern und stellen sich der Repression entgegen. So gelingt es ihnen, die Regierung immer wieder in Bedrängnis zu bringen, gesellschaftliche Gegenmacht zu entwickeln und Kämpfe auch zu gewinnen.

**Maria Oshana** arbeitete von März 2017 bis Februar 2022 als Büroleiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Regionalbüro Griechenland (Athen).

# Gerechtigkeit verbrieft

In Chile ist der Weg für eine neue Verfassung frei gemacht. Gelingt das Vorhaben, besteht die Möglichkeit eines solidarischen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft. Von Ute Löhning

„Chile ist nicht nur die Wiege des Neoliberalismus, sondern auch dessen Grab!“ Hinter diesem selbstbewussten Satz versammeln sich aktuell alle linken politischen Strömungen in Chile: von der radikalen Protestbewegung bis zur neuen linken Regierung unter Gabriel Boric, die am 11. März ihr Amt antrat. Dabei geht es um eine Abkehr vom neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das während der Diktatur unter Augusto Pinochet (1973 bis 1990) in Chile eingeführt wurde und im Zuge dessen Rente, Bildung, Gesundheit, aber auch Zugriffsrechte auf Wasser und Bodenschätze privatisiert wurden. Die 1980 verabschiedete Verfassung schrieb autoritäre und neoliberale Grundsätze fest. Der Logik des Marktes folgend, trieben rechte wie Mitte-links-Regierungen auch nach dem Übergang zur Demokratie 1990 manche Privatisierung noch weiter voran. Um eine gerechtere Gesellschaft mit solidarischen Systemen öffentlicher Daseinsvorsorge aufzubauen, ist eine neue Verfassung unabdingbar.

Die breite gesellschaftliche Protestbewegung, die Chile seit Oktober 2019 erlebt, hat den Weg für einen verfassungsgebenden Prozess ermöglicht. Nach den Protesten von Schüler\*innen gegen eine Fahrpreiserhöhung der U-Bahn in der Hauptstadt Santiago solidarisierten sich schnell andere Bewegungen. Unter dem Motto „Chile despertó“ (Chile ist aufgewacht) trugen Millionen von Menschen soziale, feministische, indigene und ökologische Forderungen gemeinsam auf die Straßen des Landes und entwickelten dadurch eine enorme Stärke.

Noch im November 2019 beschlossen die Spitzen der im Parlament vertretenen Parteien ein – wenn auch umstrittenes – „Abkommen für den Frieden und eine neue Verfassung“. Bei einem Referendum im Oktober 2020 stimmten 78 Prozent für den Weg zu einer neuen Verfassung. Bei den Wahlen zu dem je zur Hälfte mit Männern und Frauen besetzten Verfassungskonvent im Mai 2021 erhielten linke und unabhängige, also parteilose Kandidat\*innen die Mehrzahl der Sitze in diesem Gremium, das den Entwurf für eine neue Verfassung bis Mitte 2022 schreiben wird. Für indigene Gruppen waren mindestens 17 von 155 Sitzen garantiert, die über eigene Wahllisten besetzt wurden. Rechte Parteien erreichten bei den Wahlen weniger als ein Drittel der Sitze, so dass sie keine Möglichkeit haben, weitreichende inhaltliche Änderungen per Veto zu blockieren.

In verschiedenen Kommissionen diskutieren die Mitglieder des Verfassungskonvents

strukturelle Fragen des politischen und des juristischen Systems und verfassen dazu Vorlagen für die Artikel des neuen Verfassungstextes. Zur Debatte steht die Dezentralisierung des Landes, die Plurinationalität Chiles, Garantien sozialer Rechte, Gleichberechtigung der Geschlechter, Rechte von LGBTQ-Personen sowie der Schutz der Natur. Zentrale Bedeutung haben Fragen des Ausbaus von Demokratie, Transparenz und Partizipation. Rund 2.500 Vorschläge für Verfassungsnormen wurden auch von der Bevölkerung in dieses Verfahren eingebracht, 78 davon erhielten mehr als die nötigen 15.000 Unterschriften und werden nun in den Kommissionen bearbeitet. Darunter finden sich Vorschläge zum Aufbau solidarischer Systeme für Renten und Pflege, Gesundheit und Bildung, zur Legalisierung von Abtreibung und zum Schutz vor sexualisierter Gewalt, zum ökologischen Umbau der Wirtschaft und zur nachhaltigen Nutzung von Ressourcen wie Wasser und Bodenschätzen, die seit der Diktatur privatisiert sind.

Seit Mitte Februar stimmt der Verfassungskonvent über diese Vorschläge ab und hat bereits erste Verfassungsnormen beschlossen, die Chile als regionalen, interkulturellen und plurinationalen Staat definieren. Voraussichtlich im September 2022 wird die Bevölkerung bei einem erneuten Referendum über die Annahme der neuen Verfassung abstimmen.

Doch allein eine neue Verfassung, so fortschrittlich sie auch sein möge, verändert noch nicht die konkreten Lebensbedingungen, löst keine alltäglichen Probleme der Bevölkerung.

Nach dem Amtsantritt am 11. März 2022 richten sich viele konkrete Forderungen an die linke Regierung unter Gabriel Boric, der im Dezember 2021 zum neuen Präsidenten Chiles gewählt wurde. Der 36-Jährige trat für das linke Bündnis „Apruebo Dignidad“ (Ich stimme der Würde zu) zur Wahl an, zu dem die Frente Amplio und die Kommunistische Partei gehören. In einer Stichwahl setzte er sich gegen den extrem rechten deutschstämmigen Kandidaten José Antonio Kast durch.

Boric und mehrere Minister\*innen wie Camila Vallejo, Giorgio Jackson und Izkia Siches kommen aus den Bewegungen der Schüler\*innen und Studierenden für gute und kostenlose Bildung. Ihr Programm ist sozial, feministisch und ökologisch, setzt auf Demokratisierung, Inklusion, Nachhaltigkeit und die Einhaltung der Menschenrechte. Teile der Protestbewegung kritisieren Boric und das von ihm mitgegründete linke Bündnis der Frente Amplio allerdings als zu gemäßigt und fürchten, die



Münsterhof in Zürich, Schweiz / Quelle: Patrick Stählin@thepacki / Twitter

neue Regierung könnte – in Anlehnung an frühere Mitte-links-Regierungen – zu einer „Concertación 2.0“ werden, sich durch Privilegien vereinnahmen lassen und gesellschaftliche Veränderungen aus dem Blick verlieren.

Der Erfolg der neuen Regierung wird entscheidend davon abhängen, ob es ihr gelingt, solidarische Modelle öffentlicher Daseinsvorsorge und damit ein Konzept zur Überwindung des neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells zu entwickeln. Eine Rentenversicherung, in die auch die Arbeitgeberseite einzahlt, ist in Planung sowie eine Steuerreform, die mehr Geld in die Staatskasse lenken und die Schere zwischen Armen und Reichen verringern soll. Denn in Chile verfügt ein Prozent der Bevölkerung über mehr als ein Viertel des Reichtums des Landes. Ein Studienplatz kostet oft 500 Euro monatlich, das entspricht dem Monatseinkommen von rund 70 Prozent der Chilen\*innen. Boric steht für eine sozialdemokratische Politik, die wirtschaftliche Entwicklung in Einklang mit sozialen Standards und Umweltschutz anstrebt. Dazu setzt er auf Verhandlungslösungen in Abstimmung mit Unternehmensverbänden. Mächtige Sektoren

der nationalen Ökonomie werden sich einem solidarischen Umbau aber vermutlich entgegenstellen. Denn die chilenische Wirtschaft ist dominiert von einigen Firmenkonsortien in Händen weniger reicher Familien, die von der Privatisierung und der Deregulierung von Arbeitsverhältnissen und Märkten seit der Diktatur bis heute profitieren.

Auch im Parlament scheint es schwierig, weitreichende Änderungen umzusetzen. Denn sowohl im Senat wie in der Abgeordnetenkammer sind linke und rechte Kräfte etwa gleich stark. Nicht zuletzt binden eine Reihe von internationalen Freihandelsabkommen Chile an ein extraktivistisches Modell. Just im November 2021, kurz vor den Präsidentschaftswahlen, wurden die Verhandlungen um die „Modernisierung“ des Assoziierungsabkommens zwischen Chile und der EU als drittgrößtem Handelspartner weitgehend ohne öffentliche Debatte abgeschlossen. Die freihandelskritische Initiative „No al TLC“ kritisiert, damit solle entgegen dem Willen der Wähler\*innen ein ökonomisches Modell auf Jahre festgeschrieben werden, in dem Chile Rohstoffe exportiert und verarbeitete Waren

aus der EU bezieht, und fordert, das Abkommen nicht zu ratifizieren. Stattdessen sollten soziale Rechte in der neuen Verfassung verankert werden und als Grundlage auch für internationale Abkommen gelten.

„Die kommenden Jahre werden entscheidend sein für Chile“, sagte Boric nach seiner Wahl. Dabei sind die Arbeit der neuen Regierung und der verfassungsgebende Prozess eng verknüpft. Während der extrem rechte José Antonio Kast – wäre er zum Präsidenten gewählt worden – eine neue Verfassung womöglich blockiert hätte, gilt Boric als Garant dieses Wegs. Gleichzeitig braucht die Regierung Boric – als Basis für eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft – eine neue Verfassung, die nicht das Privateigentum und die Freiheit des Marktes ins Zentrum stellt, sondern das Recht aller Menschen auf Teilhabe, Zugang zu öffentlicher Daseinsvorsorge und ein bei den Protesten immer wieder eingefordertes „Leben in Würde“.

**Ute Löhning** veröffentlicht als freie Journalistin unter anderem zu Lateinamerika und Menschenrechtsthemen.

# Klassenkampf für eine soziale Demokratie

Die sozialistische Bewegung in den USA hat in den letzten Jahren einen enormen Aufschwung erlebt. Kann sie die Massenbewegung der Arbeiterklasse werden? Von Loren Balhorn

Vor zehn Jahren hätte kaum jemand in Europa die Vorstellung gehabt, dass die Vereinigten Staaten bald zum Epizentrum eines sozialistischen Aufschwungs werden würden. In den vorangegangenen Jahren waren mehrere große demokratische, sozialistische Parteien wie Syriza in Griechenland oder die Linkspartei in Deutschland entstanden, während große Mobilisierungen, vor allem im Süden des Kontinents, Hoffnungen auf einen breiteren Aufschwung linker Bewegungen weckten.

Die USA hingegen erschienen träge. Dort hatten Sozialisten nie die organisatorische Stärke erreicht wie in Europa. Und obwohl es in den 1900er, 1930er und 1960er Jahren immer wieder zu einem Aufschwung sowohl der gewerkschaftlichen Organisation als auch des linken Aktivismus kam, bestand die Linke in den USA im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts aus einigen kleinen irrelevanten Sekten und einem breiteren Ökosystem links-liberaler NGOs, die jedoch als politische Kraft weitgehend unsichtbar waren.

Heute, ein Jahrzehnt später, hat sich das Blatt dramatisch gewendet. Parteien der europäischen Linken befinden sich auf dem Rückzug. Einige der wichtigsten Parteien haben herbe Wahlverluste erlitten. Pablo Iglesias und Jeremy Corbyn, zwei der bekanntesten europäischen Sozialisten, sind beide nach schweren Niederlagen zurückgetreten. Alexis Tsipras, einst Liebling der Linken auf der ganzen Welt, mag zwar immer noch der Vorsitzende seiner Partei sein, aber inwieweit diese

Partei noch zur sozialistischen Linken gehört, steht zur Debatte.

Auf der anderen Seite des Atlantiks wurden dagegen bemerkenswerte Fortschritte erzielt. Bernie Sanders' Kandidaturen für die Präsidentschaftswahlen 2016 und 2020 haben ihn zwar nicht ins Weiße Haus gebracht, aber sie haben ihn zu einem der beliebtesten Politiker des Landes und wahrscheinlich zum bekanntesten Sozialisten der Welt gemacht. Seine einst einsame Präsenz in Washington wird nun durch eine kleine, aber wachsende Kohorte junger und kluger Menschen ergänzt, allen voran Alexandria Ocasio-Cortez (AOC), deren Hauptforderungen – etwa ein existenzsichernder Mindestlohn oder eine allgemeine Gesundheitsversorgung – breite, überparteiliche Unterstützung in der Bevölkerung genießen. Zusammen mit den Dutzenden von Sozialist\*innen, die in den letzten Jahren in landesweite und kommunale Ämter gewählt wurden, sorgen sie dafür, dass der demokratische Sozialismus zum ersten Mal seit zwei Generationen einen kleinen, aber wachsenden Pol innerhalb des politischen Mainstreams darstellt.

Organisatorisch ist der Aufschwung vor allem an den Democratic Socialists of America (DSA) zu sehen, einer Organisation, die 1982 durch eine Fusion zwei kleinerer Gruppen entstanden ist, und die Sanders-Kampagne sehr früh unterstützte. Seit 2015 hat deren Mitgliederzahl sich fast verzwanzigfacht, von etwa 5.000 auf eine niedrige sechsstellige Zahl, mit über 200 aktiven Ortsgruppen und

14 thematischen Arbeitsgruppen. Gestärkt durch ihre Verbindung mit hochkarätigen Abgeordneten wie AOC und Cori Bush ist sie nun die dominierende sozialistische Organisation im Land, die ihre Konkurrenten weit hinter sich lässt.

Aufbauend auf ihrer Erfahrung mit Sanders und AOC setzt die DSA auf eine hybride Strategie, die ihre Kandidat\*innen als Demokraten taktisch zur Wahl aufstellt, um da, wo es möglich ist, die Partei nach links zu rücken, und dort, wo eine solche Verschiebung nicht möglich ist, der DSA selbst eigene Aufmerksamkeit und Einfluss zu verschaffen. Sowohl in Chicago als auch in New York stellt die Organisation inzwischen jeweils fünf Stadträt\*innen, und im Bundesstaat Nevada haben DSA-Mitglieder sogar den Landesvorstand der Demokraten übernommen. Im letzten Wahlzyklus konnten die Sozialisten nach einigen Angaben zwei Drittel ihrer Wahlen gewinnen.

Die Erfahrung der letzten sechs Jahre zeigt: Ohne die Teilnahme an Wahlen innerhalb der Strukturen der Demokraten, wohin die meisten potenziellen Linkswähler ihre Aufmerksamkeit bereits richten, wäre es unmöglich gewesen, die sozialistische Botschaft in so kurzer Zeit so weit zu tragen. Wo die Reise letztendlich hingeht, bleibt allerdings unstritten. Ob die Organisation langfristig versuchen sollte, eine unabhängige, dezidiert sozialistische Partei auf die Beine zu stellen, wird unter den Mitgliedern kontrovers debattiert.

## Ertrunken in lila Halstüchern

Es war die Bewegung der eindrucksvollen Bilder, am besten aus der Vogelperspektive, um die Dimension begreifbar zu machen: Die Menschenkette von Zigtausenden über die Schwäbische Alb von Stuttgart zur US-Raketenkaserne Wiley Barracks in Neu-Ulm, die 300.000, die der Bonner Hofgarten nicht fassen konnte, Hunderttausende in Amsterdam, London und Paris. Der Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll auf nacktem Asphalt vor den Toren des schwäbischen US-Stützpunkts Mutlangen sitzend. Kirchentage ertranken in einem Meer aus lila Halstüchern: Frieden schaffen ohne Waffen!

Die Friedensbewegung Anfang der 1980er Jahre, der Protest gegen die Stationierung neuer US-Atomraketen in Europa, war die wohl massentauglichste Bewegung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Vier Millionen Bürger\*innen unterschrieben in Westdeutschland den Krefelder Appell, der die Rücknahme des Nachrüstungsbeschlusses forderte. Nach einer damaligen Umfrage bezeichneten sich 2,7 Prozent der erwachsenen Bundesbürger\*innen als Aktivist\*innen der Friedensbewegung, 45 Prozent sympathisierten mit deren Zielen.

Die Angst, dass eine neue Drehung der Rüstungsspirale einen Atomkrieg provozieren könnte, erfasste nahezu alle Gruppen der Gesellschaft: Junge und Alte, Frauen und Männer, Arme und Reiche,

Gewerkschaften und Kirchen. Es gab natürlich Künstler\*innen und Intellektuelle für den Frieden, aber auch Unternehmer, die sich gegen die Nachrüstung aussprachen, und selbst ein paar Generäle waren für den Frieden – ohne neue Waffen.

Der Protest gegen die Nachrüstung war auch die letzte Bewegung, in der Kommunist\*innen einen gewissen Einfluss hatten, wenn auch nie die Kontrolle, wie damals gerne überzeugte Antikommunisten behaupteten. Auch spielten DKP-Funktionär\*innen oder Vertreter\*innen ihnen nahestehender Organisationen weniger inhaltlich eine Rolle als organisatorisch. Und für Sozialdemokrat\*innen waren sie willkommenes Bündnispartner, um die Bewegung massentauglich zu halten und spontane Aktionen des zivilen Ungehorsams zu unterbinden oder zumindest harmlos zu halten.

Verhindert hat die Bewegung die Stationierung der Raketen nicht. Der Westen rüstete nach, nachdem die Warschauer Vertragsstaaten nicht bereit waren, SS-20-Raketen aus Osteuropa abzuführen. Aber die Friedensbewegung hat in Westeuropa die Bereitschaft weiter Bevölkerungskreise erhöht, sich in die Politik auch jenseits von Wahlen einzumischen und Demonstrationen, Sitzblockaden und Menschenketten in der gesellschaftlichen Mitte verankert. aw

Doch unabhängige Partei hin oder her: Anders als manche ihrer Vorgänger, für die eine taktische Orientierung auf die Demokraten mit einer praktischen Auflösung in deren Partei einherging, baut die DSA neben ihren Wahlkampagnen eine unabhängige Infrastruktur auf, die sich primär auf breite soziale Forderungen und ökonomische Kämpfe ausrichtet.

Die zwei Kampagnen, die die Organisation sich zurzeit auf die Fahne schreibt, sind der Kampf um einen „Green New Deal“ und eine öffentliche Gesundheitsversorgung für alle. Das sind elementare Forderungen, die Nöte und Bedürfnisse der überwiegenden Mehrheit aufgreifen und versuchen, in eine politische Perspektive zu übersetzen. Mitglieder werden aufgefordert, Gewerkschaften beizutreten oder an ihrem Arbeitsplatz eine zu gründen, und werden dabei aktiv unterstützt.

Laut DSA-Bundesgeschäftsführerin Maria Svart setzt die Strategie darauf, „unser eigenes kollektives Selbstvertrauen und unsere Fähigkeiten aufzubauen in einer Welt, die den Menschen der Arbeiterklasse einredet, wir seien allein und hilflos. Es bedeutet auch, dass wir

gemeinsam anwenden und lernen, welche Strategien funktionieren, um Macht aufzubauen, und dass wir in der Lage sind, zu mobilisieren, wenn sich Gelegenheiten ergeben oder wir es müssen.“

Manche Denker im Umfeld der Organisation nennen diesen Ansatz „klassenkämpferische Sozialdemokratie“ – eine etwas sperrige Formulierung, die allerdings sehr gut umfasst, was es bedeutet, in einem Land wie den USA für den Sozialismus zu kämpfen. Denn die USA sind zwar das reichste Land der Welt, aber auch eines der ungleichsten Länder. Für die meisten Menschen stagnieren die Löhne seit Jahrzehnten, während die Lebenskosten steigen und die Pro-Kopf-Verschuldung durch die Decke geht. Essenzielle gesellschaftliche Güter wie Bildung und Gesundheitsversorgung werden dem freien Markt überlassen. Das führt nicht selten in private Insolvenz und ruinierte Leben.

In einem solchen Kontext erfordern ökonomische Reformforderungen, die manche vielleicht als sozialdemokratisch abstempeln würden, eine direkte Konfrontation mit den politischen und wirtschaftlichen Eliten, um

umgesetzt zu werden. Ein paar Wahlen zu gewinnen reicht nicht aus. Es wird auch materiellen Druck und damit die organisierte Macht der Gewerkschaften brauchen, um sie gegen den Willen dieser Eliten durchzusetzen – Klassenkampf eben.

Dies ist freilich kein leichtes Unterfangen – erst recht nicht in einem Land, wo der gewerkschaftliche Organisationsgrad inzwischen unter 10 Prozent gesunken ist. Doch die positive Nachricht ist: Eben weil die USA so ungleich sind, gibt es über Parteigrenzen hinaus potenzielle Mehrheiten für ein solches Programm, wie Sanders' Aufstieg beweist. Damit wäre noch lange kein Sozialismus realisiert, aber immerhin die Perspektive darauf. In den kommenden Jahren gilt es für die DSA, die Brückenköpfe, die sie erkämpft hat, zu erhalten, aus den Erfahrungen seit 2016 zu lernen und Strategien zu entwickeln, um, wie Svart es formulierte, mehr Macht für die Arbeiterklasse aufzubauen.

**Loren Balhorn** arbeitet als Leitender Redakteur von [rosalux.org](http://rosalux.org) und darüber hinaus in der Redaktion des Magazins „Jacobin“.



Washington DC, USA / Foto: Michael Brochstein / picture alliance / ZUMAPRESS.com

# Gesellschaftliche Gräben überwinden

Über eine Partei, die den Klassenkampf ernst nimmt und damit Erfolg hat. Von Sofie Merckx

Die Partei der Arbeit Belgiens (PTB/PVDA) erzielte 2014 ein historisches Wahlergebnis. Erstmals seit 1985 zogen zwei kommunistische Abgeordnete in die Abgeordnetenkommission des Föderalen Parlaments Belgiens ein: Raoul Hedebouw, derzeitiger Parteivorsitzender, und Marco Van Hees, Steuerexperte der PTB/PVDA. 2019 konnte die marxistische Partei ihren Erfolg nach einem sehr guten Wahlkampf weiter ausbauen und die Anzahl ihrer Abgeordneten von zwei auf zwölf erhöhen. Und heute prognostizieren die jüngsten Umfragen dieser authentisch linken Partei mit voraussichtlichen 18 (oder 19) Sitzen sogar ein noch besseres Ergebnis. Eine riesige Herausforderung bleibt allerdings Flandern, wo die Rechtsextremen und die Rechtsnationalen in der Mehrheit sind.

Die 1979 gegründete Partei stagnierte lange Zeit. Doch mit einem Zuwachs von 80 Sektionen und 800 Mitgliedern im Jahr 2003 auf 400 Sektionen und 24.000 Mitglieder heute konnte die Partei ihre Basis ausbauen und erlebte einen Aufstieg, um den sie alle anderen Parteien beneiden. Der große Erfolg der Partei zieht übrigens auch über die Grenzen des flachen Landes hinaus die Aufmerksamkeit auf sich. Das amerikanische Magazin „Jacobin“ bezeichnete die PTB/PVDA 2019 als „eine der aktuell dynamischsten Kräfte der europäischen Linken“. Im November letzten Jahres kam die liberale Wochenzeitung „The Economist“ zu einem ähnlichen Schluss: „In der EU ist Belgien der größte Hoffnungsträger für die marxistische Ideologie.“

Im Zuge der europäischen Integration beschrieben sich die sozialdemokratischen Parteien dem Neoliberalismus und büßten in

ganz Europa Wählerstimmen ein. Zwar entstanden auch linke Parteien (Syriza, Podemos, Parti de gauche und später France insoumise, Die Linke usw.), aber vom Zerfall der Sozialdemokratie und der anderen traditionellen Parteien profitierten vor allem rechtsextreme Parteien. In Belgien hat die Sozialdemokratie allerdings trotz empfindlicher Rückschläge in den letzten Jahren noch immer eine starke Basis in der Bevölkerung.

Ausgehend von den Erfahrungen und Kämpfen Belgiens befürwortet die PTB/PVDA den Aufbau einer anderen Gesellschaft im Sinne des Sozialismus 2.0. Im Jahr 2019 gehörten Nadia, Roberto, Gaby und Maria zu den zwölf ins föderale Parlament gewählten Abgeordneten. Zu viert bringen sie es auf über 100 Jahre Gewerkschaftserfahrung. Auf dem „Congrès du Renouveau“, dem Erneuerungskongress 2008, wurde die neue Strategie der PTB/PVDA beschlossen und zu Papier gebracht: Eine Partei der Prinzipien zu sein, eine reaktionsfähige Partei, eine Partei der Arbeiter\*innenklasse.

Und vielleicht ist es diese letztgenannte, auf dem „Congrès de l'Unité“, dem Einheitskongress 2021, erneut bekräftigte Ausrichtung, die bei dieser marxistischen Partei den Unterschied ausmacht. „In neun von zehn Fällen stehen auf Streikposten Petebist\*innen, viel häufiger als Sozialist\*innen“, erklärte ein Gewerkschafter der Zeitung „L'Echo“. Die Arbeiter\*innen freuen sich über die Solidaritätsbekundungen marxistischer Aktivist\*innen und schätzen die Reden von Raoul Hedebouw, der „spricht wie sie“. Wo die traditionelle Linke sich damit rühmt, kleine Genies zu rekrutieren und in prestigeträchtige

Positionen zu bringen, steht für die PTB/PVDA die Arbeiter\*innenklasse innerhalb der Partei und auf ihren Versammlungen im Zentrum.

„Wir versprechen den Leuten nicht, dass wir für sie die Probleme lösen werden“, erklärte Peter Mertens 2016 der großen Tageszeitung „Standaard“. „Wir wollen keinen Klientelismus nach Art des Parti Socialiste. Unser Ideal ist: Wacht auf, steht auf und kämpft für eure Rechte.“ Es geht darum, den parlamentarischen Kampf mit der Stärkung der sozialen Bewegung zu verbinden, so wie in den Texten des „Congrès de la Solidarité“, des Solidaritätskongresses 2015, beschrieben: „Das Prinzip unserer Mandatsträger lautet: Straße-Parlament-Straße. Sie sind nicht der Endpunkt, sondern ein Kettenglied in der emanzipatorischen Arbeit der Partei.“ Auf diese Weise erhält die linke Partei immer mehr Gewicht und vermag es, ihre soziale Agenda in die Debatten einzubringen und durchzusetzen. Ihre politischen Vertreter\*innen nehmen die realen Probleme der Menschen, ihre alltäglichen Sorgen zum Ausgangspunkt ihrer politischen Forderungen und Kämpfe. Und dann tragen sie die Ergebnisse wieder zurück auf die Straße, um den Kampf weiterzuführen.

Zur Interpretation der Gesellschaft beruft sich die Partei nach wie vor auf den Marxismus und den Klassenkampf, aber ohne den Dogmatismus, der lange Zeit den Aufbau einer Massenpartei verhindert hat. Statt große Wahrheiten zu verkünden, gilt es nun, auf die konkreten Probleme der Bevölkerung einzugehen, die Auseinandersetzung darüber an der Basis zu führen und Siege zu erringen. Das ist ganz im Sinne der Arbeiter\*innenklasse, denn sie möchte sehen, dass sich etwas verändert;

## Ein paar Tage Zauber der Anarchie

Die 1960er Jahre waren das Jahrzehnt einer globalen Revolte, getragen von einer Generation, die während des Zweiten Weltkrieges oder kurz danach geboren war. Eine Generation, die ihre Welt neu gestalten wollte. Wahrscheinlich der letzte Aufstand der Moderne.

Im Zentrum der den gesamten Globus umspannenden Proteste stand nicht Verteilungsgerechtigkeit, sondern Partizipation – eine Demokratisierung der Nachkriegsgesellschaft im kapitalistischen Westen genauso wie im staatssozialistischen Osten, in parlamentarischen Demokratien ebenso wie in Autokratien und Diktaturen. Ob in Japan, Mexiko, den USA, der CSSR, Frankreich oder Westdeutschland: An Universitäten, Schulen und manchmal auch in Fabriken formierte sich eine linke Bewegung, die aber von traditionell linken Parteien nicht erreicht wurde.

Die 68er-Bewegung, wie sie im Nachhinein genannt wird, hat ihre eigenen Gesetze und Rituale, neue Protestformen entwickelt. Sit-ins und Teach-ins, manchmal spielerisch, bisweilen aggressiv gewalttätig, oder reichlich verkopft mit endlosen Theoriediskussionen. Und selbst da, wo die Bewegung Rituale der Arbeiterbewegung aufgriff, die ge-

ballte Faust beispielsweise, wirkten sie ironisiert, ein bisschen wie eine Theaterinszenierung. Im Westen bewegten sich vor allem die Söhne und Töchter des Bildungsbürgertums.

So blieben die Kampfplätze meist Hörsäle und Klassenzimmer, die Plätze und Magistralen der Metropolen. In Frankreich hingegen drängte die Revolte in die Produktionshallen. Arbeiter\*innen besetzten ihre Fabriken, über Generalstreik wurde diskutiert, die Regierung des greisen Charles de Gaulle sah sich ernsthaft bedroht. Und im Mai 1968 verbreiteten die brennenden Barrikaden ein wenig den Geruch der Revolution. Ein paar Tage Zauber der Anarchie. In Westdeutschland brannten Ausgaben der „Bild“-Zeitung. Und Gewerkschaften organisierten Demos gegen „die langhaarigen Chaoten“ an den Universitäten.

Die 68er waren im Westen der Katalysator für eine längst überfällige gesellschaftliche und kulturelle Modernisierung, im Osten Hoffnungsträger für eine mögliche Demokratisierung des Sozialismus und in den Diktaturen und Autokratien der Welt Brandbeschleuniger für die Befreiung. aw



Madrid, Spanien / Foto: Miguel Candela / picture alliance / ZUMAPRESS.com

die PTB/PVDA bietet hier ein Modell für konkrete Kämpfe.

2018 mobilisierte das Pflegepersonal zum Protest. Die „blouses blanches“ (weiße Kittel) riefen zum Streik auf und gingen auf die Straße, um auf ihre unerträglichen Arbeitsbedingungen sowie die unzureichenden Löhne in diesem Sektor aufmerksam zu machen. Die PTB/PVDA beteiligte sich gemeinsam mit den Gewerkschaften an der Mobilisierung und trug den Kampf in die Abgeordnetenkammer. Sie schlug einen Notfonds für den Pflegesektor vor, der zunächst abgelehnt, unter dem wachsenden Druck der betroffenen Arbeitnehmer\*innen schließlich jedoch verabschiedet wurde. Ein kürzlich veröffentlichter Evaluierungsbericht des belgischen Gesundheitsministeriums zeigt, dass mithilfe des Fonds für die „blouses blanches“ zwischen 2019 und 2020 über 4.500 zusätzliche Arbeitsplätze im Gesundheitssektor geschaffen werden konnten.

Ein weiteres Beispiel sind die Energiesteuern. Sie sind seit 2007 Gegenstand einer Kampagne der Partei, um die Mehrwertsteuer von 21 auf 6 Prozent zu senken. Nach den starken Preiserhöhungen in diesem Winter, die Hunderttausende Familien in die Armut abrutschen lassen könnten, steht dieses Thema wieder ganz oben auf der Tagesordnung. Die Forderung nach einer Mehrwertsteuersen-

kung ist umso sinnvoller, als sie von Gewerkschaften und Verbraucher\*innenverbänden unterstützt wird. Die Aktivist\*innen der PTB/PVDA reisen quer durchs Land, um Menschen in Gemeinden und Unternehmen für das Thema zu mobilisieren. Von Charleroi über Brüssel, Gent, Lüttich und Leuven bis Antwerpen hat die Partei 300.000 Stimmen für eine Petition gesammelt. Die sozialdemokratischen Parteien hatten die Mehrwertsteuersenkung zur Grundbedingung für die Beteiligung an einer föderalen Regierung gemacht. Doch dann verwarfen sie das Projekt und versuchten sogar, es zu delegitimieren. Nun wird es 2022 in Teilen und auf Zeit umgesetzt. Die politische Kampagne der PTB/PVDA beschränkt sich jedoch nicht auf die Durchsetzung einer kaufkraftfördernden Maßnahme inmitten der Krise. Vielmehr geht es darum, die Menschen zu mobilisieren und die Klassenfrage in diesem wichtigen Wirtschaftssektor sichtbar zu machen. Eine Studie der marxistischen Partei hat ans Licht gebracht, welche Profite der Stromversorger Engie-Electrabel erwirtschaftet hat: Es handelt sich um 2,6 Milliarden Euro. Die einen bereichern sich an den hohen Energiepreisen, die anderen verarmen. Es ist illusorisch, sich hier nur auf die traditionellen Parteien zu verlassen, die nach dem Wahlkampf von ihren Versprechen Abstand nehmen. Einmal an der Macht, schützen sie die Interessen

des Großkapitals und behaupten, soziale Maßnahmen seien zu teuer. Die PTB/PVDA weist darauf hin, dass die großen privaten Energie-monopole mehr Macht besitzen als die vier Energieminister in Belgien zusammen. Diesen Interessen kann in den Augen der PTB/PVDA nur durch eine starke Mobilisierung begegnet werden, die sich ihnen entgegenstellt und Veränderungen bewirkt.

Für die Wahlen 2024 stehen die rechtsextremen und rechtsnationalen Parteien schon in den Startlöchern und wollen Belgien ein Ende bereiten, indem sie ganz nebenbei die Sozialversicherung zusammenstreichen. Es ist ein Wettlauf mit der Zeit für die Marxist\*innen, die enorme Verantwortung haben werden, die Stimmen der Arbeiterklasse zurückzugewinnen und gegen die Spaltung entlang der belgischen Gemeinschaften zu kämpfen, stattdessen die Auseinandersetzungen zu führen, die weder Sprache noch Kultur kennt: die des Klassenkampfes.

**Sofie Merckx** ist Fraktionsvorsitzende der Parti du Travail de Belgique / Partij van de Arbeid van België (PTB/ PVDA) in der Abgeordnetenkammer des föderalen Parlaments Belgiens. Die PTB/PVDA ist eine der wenigen Parteien in Belgien, die flämisch und frankophon ist.

Übersetzung von Odile Kennel & Laura Haber für „Gegensatz Translation Collective“



# Voneinander lernen

„Asia Europe People's Forum“ (AEPF) ist das größte progressive asiatisch-europäische Netzwerk

*Ich würde das AEPF als das größte progressive asiatisch-europäische Netzwerk bezeichnen, das derzeit existiert. Das hat Vorteile, ist aber auch eine riesige Herausforderung.*

Das AEPF ist das größte asiatisch-europäische Netzwerk, das mehr als 50 Länder vertritt. Es arbeitet an Themen wie Klimagerechtigkeit, Handelsgerechtigkeit, Unternehmensverantwortung, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Sicherheit, Ernährungssouveränität, Demokratisierung und Menschenrechte. Wir haben auch eine Arbeitsgruppe von Parlamentarier\*innen. Diese Vielfalt ermöglicht eine vernetzte, vergleichende und ganzheitliche Analyse sozialer Fragen und hilft, Netzwerke zu knüpfen. Die größte Herausforderung besteht darin, die Vielfalt und die regelmäßige Arbeit in Zeiten aufrechtzuerhalten und zu respektieren, in denen die Zivilgesellschaft unter Druck steht und die Unterstützung für sie abnimmt.

*Was sind die Hauptaufgaben des AEPF?*

AEPF ist ein Netzwerk fortschrittlicher zivilgesellschaftlicher Organisationen aus ganz Asien und Europa, die sich für den Aufbau von Wissen, Narrativen und Solidarität einsetzen. Das Ziel ist eine sozial und wirtschaftlich gerechte, inklusive, friedliche und ökologisch sensible Entwicklung in und zwischen Asien und Europa.

1996 gegründet, versuchen wir, dem alle zwei Jahre stattfindenden Asien-Europa-Treffen der Staats- und Regierungschefs (ASEM) eine alternative Stimme zur neoliberalen Entwicklung zu geben und zivilgesellschaftliche Beiträge zu leisten. Im Mai 2021 fand das 13. AEPF People's Forum statt und präsentierte die „People's Agenda“ für den online stattfindenden ASEM-Gipfel.

Die von uns organisierten „People's Forums“ bringen Netzwerke, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen, Parlamentarier\*innen, Expert\*innen und Aktivist\*innen zusammen, um politische Maßnahmen zur Vertiefung einer auf Rechten basierenden Demokratie, sozialer, wirtschaftlicher und ziviler Gerechtigkeit sowie des Umwelt- und Klimaschutzes zu diskutieren. Das ist die Grundlage für die „People's Agenda“. Wir arbeiten mit Partner\*innen an Schlüsselthemen, organisieren Konferenzen, entwickeln Publikationen und verbreiten die Ergebnisse.

2018 erhielt das AEPF von der Europäischen Union einen Zuschuss für drei Jahre, um die Aktivitäten zu unterstützen. Dies ermöglichte eine regelmäßige Arbeit der europäischen und asiatischen Koordinator\*innen, thematische Arbeitsgruppen und vor allem erstmals ein AEPF-Kommunikationsteam.

*Wie funktioniert die Koordinierung eines so großen Netzwerks?*

Es haben sich effektive Arbeitsweisen herausgebildet. Das Entscheidungsgremium ist das internatio-

nale Organisationskomitee (IOC), das sich aus Vertreter\*innen der großen Netzwerke und Koordinator\*innen aus Asien und Europa zusammensetzt und mindestens einmal im Monat (online) tagt. Die Mitgliedschaft wird alle zwei Jahre erneuert. Zwischen den Sitzungen führt ein kleiner Kernausschuss das Mandat des IOC aus. Die asiatischen und europäischen Koordinator:innen arbeiten mit regionalen Akteur\*innen zusammen. AEPF-Aktivist:innen arbeiten ehrenamtlich in thematischen Arbeitsgruppen auf solidarischer Basis. Seit der Pandemie ist die virtuelle Kommunikation von entscheidender Bedeutung und wir haben uns mit einem seit 2018 bestehenden Kommunikationsteam darauf vorbereitet. Ich koordiniere die Kommunikation, gegenwärtig vor allem über die Online-Präsenz, Social-Media-Plattformen, Newsletter und die Unterstützung thematischer Arbeitsgruppen. Und natürlich im Bereich der Interessenvertretung.

*Hat sich die Rolle des AEPF in den letzten Jahren verändert?*

In den Anfangsjahren hatte das AEPF nur wenig finanzielle Unterstützung für die Organisation eines alle zwei Jahre stattfindenden „People's Forum“ zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und der „People's Agenda“ für die ASEM-Gipfel. Als das AEPF expandierte, schloss es sich mit anderen Netzwerken zusammen, um zwischen den Foren Konferenzen zu organisieren. Daraus entstand eine Fülle von empirischen und theoretischen Analysen und es wurden auf der Basis Ideen entwickelt, um dem Neoliberalismus Alternativen entgegenzusetzen. AEPF wird von der Zivilgesellschaft, Wissenschaftler\*innen, Jugendlichen und Organisationen in ganz Asien und Europa anerkannt.

*Wie hat sich die Pandemie auf die Arbeit ausgewirkt?*

Covid hat uns Auftrieb gegeben, unsere Reichweite erhöht, mehr Interesse für unsere Arbeit generiert und neue Netzwerke mit uns verbunden. Die Gründe dafür waren erstens das soziale Kapital, das wir durch unsere jahrelange Arbeit mit der Zivilgesellschaft aufgebaut hatten, sowie die legitime und qualitativ hochwertige Arbeit, die beschreibt, dass Privatisierung und Globalisierung die Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit verschärfen und sich weltweit auf die Menschen und die Ökologie auswirken. Wir zeigen, dass Alternativen möglich sind. Zweitens Wissensaufbau, indem wir Expert\*innen, Parlamentarier\*innen, Journalist\*innen, Basisarbeiter\*innen und Überlebende von Rechtsverletzungen zu öffentlichen Gesprächen und Webinaren einladen. Drittens die Bekanntmachung der Inhalte über Social-Media-Plattformen. Viertens der geschickte Einsatz von Kommunikationstechnologie. In den vergangenen drei Jahren ist die Zahl der Interessierten, die sich die Ergebnisse unserer Arbeit und unsere Vorschläge ansehen, gestiegen. Die Zahl der Abonnent\*innen steigt, die Mailing-



**Prof. Anuradha M. Chenoy** ist seit 2000 als engagierte Wissenschaftlerin Teil des AEPF. Nach ihrer Pensionierung im Jahr 2018 als Professorin und ehemalige Dekanin der School of International Studies an der Jawaharlal Nehru University in Neu-Delhi wurde sie Kommunikationskoordinatorin des AEPF. Mit Anuradha M. Chenoy sprach **Philip Degenhardt**, Regionaldirektor des Südostasienbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Sitz in Hanoi.

listen wachsen, unsere Webinare sind für alle verfügbar, wir haben Verbindungen zu mehr als 200 Organisationen in Asien und Europa.

*Was wäre der ASEM-Gipfel denn ohne AEPF?*

Der ASEM-Gipfel spiegelt die Macht der Staaten und die Interessen der Konzerne und Eliten wider, die diese Regime führen. Das AEPF stellt Fragen und unterbreitet Ideen, um demokratische Werte, soziale und ökologische Gerechtigkeit, Frieden, gemeinsame Sicherheit und mehr zu fördern. Nach zwei Jahren des zivilen Dialogs bereiten wir Dokumente wie die „People’s Agenda“ vor, die auf dem ASEM-Tisch platziert werden. Ohne das AEPF würde der ASEM-Gipfel nur die Stimmen der Staaten und Regierungen widerspiegeln, ohne den Input der Zivilgesellschaft.

*Was wünschen Sie sich für das AEPF?*

Alle, die mit dem AEPF in Verbindung stehen, erkennen die entscheidende Bedeutung der Zivilgesellschaft bei der Verteidigung fortschrittlicher Werte an. Angesichts der existenziellen Bedrohung des Klimas und der Ökologie, der großen Ungleichheit und der Aushöhlung der Demokratie ist die Zivilgesellschaft von entscheidender Bedeutung. Das AEPF ermöglicht es der europäischen und asiatischen Zivilgesellschaft, voneinander zu lernen. Es ist unser Wunsch, dass sie gestärkt wird. Derzeit haben wir keine finanzielle Unterstützung. Das kann dem AEPF etwas von seiner Lebendigkeit nehmen, selbst wenn die Aktivist\*innen Solidaritätsarbeit leisten. Ich hoffe, dass dieses Problem in Zukunft gelöst werden kann.



Lima, Peru / Foto: Klebher Vasquez / picture alliance / AA

# „Jedes Stadtviertel muss eine Einheit der Fürsorge bilden“

Die Kraft der vielen Frauen ermöglicht, bahnbrechende Projekte anzuschieben

*Bei den jüngsten Wahlumfragen in Barcelona im Dezember 2021 lag Barcelona en Comú zum ersten Mal vor der Esquerra Republicana de Catalunya (ERC). Was hat zu dieser Unterstützung geführt und wie lässt sich dieser Erfolg aufrechterhalten?*

Die Umfragen müssen mit einer gewissen Distanz betrachtet werden, aber eine positive Tendenz ist weiterhin erkennbar. Die politischen Ziele von Barcelona en Comú scheinen bis zu einem gewissen Grad mit den Bedürfnissen der Menschen vor Ort übereinzustimmen.

Ich glaube, dass es uns im Stadtrat gelungen ist, Forderungen der Bevölkerung Barcelonas aufzugreifen, etwa beim Thema Mobilität. Wir haben uns klar fürs Fahrrad, für Fußgänger\*innen sowie für verkehrsberuhigte Bereiche im Umfeld von Schulen ausgesprochen. Das sind zum Teil kontroverse Themensetzungen, die zu Ablehnung hätten führen können. Die Wahlumfragen bestätigen jedoch, dass die Mehrheit und wir den gleichen Weg verfolgen.

In ökonomischer Hinsicht geht es Barcelona etwas besser als anderen großen Städten. Und ich glaube, dass das soziale Engagement des Stadtrats von den Bürger\*innen sehr geschätzt wird.

*Sie haben Initiativen gestartet, die städtische Politik betreffen, aber auch solche, mit denen die Präsenz von Frauen in den internen Strukturen von Barcelona en Comú gestärkt werden soll. Was von beidem hat Ihnen mehr Kopfzerbrechen bereitet?*

Ohne Zweifel die städtische Politik. Ich möchte nicht behaupten, dass die interne Stärkung der Position von Frauen nicht schwierig ist. Aber Barcelona en Comú ist eine Organisation, in der es sehr viele aktive und engagierte Bündnisse gibt, die dafür sorgen, dass Feminismus in den Grundfesten der Politik verankert ist.

Die Ausgangslage bei der Verwaltung städtischer Belange ist eine ganz andere. Du magst über Bündnisse innerhalb und außerhalb des Stadtrates verfügen, aber der Apparat an sich ist schwerfällig, patriarchal und unglaublich hierarchisch aufgestellt. Gegen diese Dynamiken anzukämpfen, ist sehr viel komplexer.

Ich muss auch gestehen, dass es bei unserem Amtsantritt 2015 für andere nicht einfach war, sich gegen eine feministische Politik zu stellen. Wenn

du auf den Rathausplatz hinausgegangen bist, hast du den enormen gesellschaftlichen Druck und die Kraft der vielen Frauen gespürt. Die haben klar gemacht, dass dies deine Priorität sein muss. Wir haben bahnbrechende Projekte angeschoben, und es gab schon Leute, die nicht mitgemacht haben oder wenig Interesse daran hatten. Aber wir mussten keine verschlossenen Türen aufbrechen.

*Ciudad Cuidadora (Fürsorgliche Stadt) ist eine sehr ambitionierte Initiative, angeleitet von Ihrem Stadtratsamt. Was ist das für ein Projekt?*

Eine der großen Herausforderungen für den Feminismus liegt heute im Bereich der Wirtschaft, denn das herrschende Wirtschaftsmodell basiert maßgeblich auf strukturellen Geschlechterunterschieden, die wir beseitigen müssen. Im Zentrum des Projekts „Barcelona Cuidadora“ steht die Care-Arbeit, einer der Bereiche mit dem größten Anteil an Frauen und mit sehr prekären Arbeitsbedingungen.

Das Projekt verfolgt zwei Ansätze: Zum einen geht es darum, Frauen zu entlasten, die unbezahlte Pflegearbeit leisten. Zum anderen werden Frauen unterstützt, die einer bezahlten Pflegearbeit nachgehen. Das sind meist Migrantinnen, die es anderen Frauen ermöglichen, beruflich voranzukommen – auf Kosten ihrer eigenen Arbeitsbedingungen.

*Das Projekt startete 2017. Wie hat sich die Pandemie auf Ciudad Cuidadora ausgewirkt? Gibt es größeren Bedarf an Care-Arbeit oder haben wir bloß verstanden, was es heißt, sie zu leisten, weil wir zu Hause geblieben sind und damit konfrontiert waren?*

Die Lehren, die wir daraus ziehen, sind nachhaltig. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Sobald strikte Ausgangssperren aufgehoben werden, geben die, die es können, Care-Arbeit wieder an andere ab. Das ist so, weil Pflegearbeit kaum gesellschaftlichen oder ökonomischen Wert hat. Wir müssen Lehren aus der Pandemie ziehen und darüber nachdenken, wie wir der Pflegearbeit auf politischem Wege zu mehr Wertschätzung verhelfen.

Neben der Ausweitung der Online-Betreuung und der Anpassung unserer Angebote an die Bedürfnisse der Bevölkerung – berücksichtigend, dass nicht alle



Foto: privat

**Laura Pérez Castaño** ist stellvertretende Bürgermeisterin von Barcelona und Stadträtin für soziale Rechte, globale Gerechtigkeit, Feminismus und LGBTI. Sie hat viele verschiedene Initiativen gestartet, um neue Wege politischen Handelns zu gehen und transformative feministische Ansätze in allen politischen Bereichen zu implementieren. **María del Vigo** sprach mit ihr über Erfolge, Gelerntes und Herausforderungen auf diesem Weg.

María del Vigo ist PR-Verantwortliche des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Madrid. Übersetzung von Luisa Donnerberg & Sebastian Landsberger für Gegensatz Translation Collective

auf gleiche Weise von der Pandemie betroffen sind – haben wir dieses Jahr ein weiteres Projekt gestartet: die „Supermanzanas“ (Quartiersfürsorgesysteme). Ziel des Projektes ist es, dass jegliche Pflegedienstleistungen innerhalb von zehn Minuten erreichbar sind. Deine häusliche Pflegekraft sollte beispielsweise nicht morgens am einen Ende der Stadt und abends am anderen arbeiten, sondern immer in deinem Viertel, also auch immer dieselbe sein. Dank der Lehren, die wir aus der Pandemie gezogen haben, als benachbarte Stadtviertel nicht besucht werden konnten, organisieren wir die Pflegearbeit heute ganz neu. Die unmittelbare räumliche Nähe von Pflegekräften ist sehr wichtig und jedes Viertel muss eine Einheit der Fürsorge bilden.

*Ein weiterer großer Kampf der europäischen Linken ist der Zugang zu Wohnraum. Dieses Recht zu gewährleisten, ist nach wie vor eines der Ziele des Stadtrates. Wo überschneiden sich Wohnungs- und Geschlechterpolitik?*

Es gibt keine feministische Politik, wenn wir nicht über die Wohnungspolitik sprechen. Das Recht auf Stadt geht Hand in Hand mit dem Recht auf Wohnen. Leider ist das heute in Barcelona nicht der Fall. Wenn wir den Etat im Hinblick auf geschlechtsspezifische Gesichtspunkte analysieren, zeigt sich allerdings, dass Wohnungspolitik mit am besten abschneidet.

Zurzeit baut Barcelona 2.300 Wohnungen. Zudem haben wir Wohnraum erworben, saniert und auf den Markt gebracht. Außerdem haben wir im Rahmen eines Programms für zeitlich begrenztes Wohnen in unmittelbarer Nähe eine ganze Reihe von APROPs errichtet. Das sind modulare Gebäude, die in acht Monaten aus Schiffscontainern hergestellt werden können. Von den nächsten beispielsweise

wird die Hälfte an alleinerziehende Mütter gehen, weil die Mieten für sie zu teuer sind. Momentan betragen die Ausgaben für Wohnraum in Barcelona im Schnitt 23 Prozent des Einkommens, bei alleinerziehenden Müttern sind es 64 Prozent. Wohnungspolitik muss insbesondere die Situation von Frauen berücksichtigen und entsprechende Unterstützung bereitstellen.

*Feministische Bewegungen und recht viele Institutionen reden von der Notwendigkeit, eine feministische Perspektive in allen Bereichen der Politik mitzudenken. Das ist ja eines Ihrer Hauptanliegen. Wie weit sind Sie gekommen?*

Wenn wir über Jugend, Gesundheit oder Sport sprechen, sollten geschlechtsspezifische Fragen nicht losgelöst davon behandelt werden. Abgesehen davon gibt es viele interne Instrumente, die sich bewährt haben, um feministische Werte in den Institutionen zu verankern. Sie sind nicht besonders sichtbar, wie die Steuerberichte, die wir anfertigen lassen, aber sie helfen uns sehr. Die Berichte über Einkommensunterschiede im Stadtrat von Barcelona haben uns zum Beispiel geholfen, viele Verbesserungen zu erreichen, die sonst nicht möglich gewesen wären. Es ist richtig, dass ich mich mit diesem Bericht selbst stark unter Druck gesetzt habe, weil ich der Opposition damit ein Werkzeug an die Hand gegeben habe, aber ich habe auch erreicht, dass sich die Arbeitsbedingungen von Frauen verbessert haben.

Was die Struktur betrifft, so arbeiten 12 Personen im Gender-Mainstreaming-Team. Wir haben außerdem Gender-Referate in allen Abteilungen des Stadtrats. Und es wird sie in allen Bezirken geben. Solche Maßnahmen sind kaum sichtbar, aber sie sind unbedingt erforderlich, um Gender-Mainstreaming wirksam zu machen.

## 1,2,3 Internationale

Die Gründung der Dritten Internationale begann 1919 mit einem Moment des Innehaltens und Gedenkens. An Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die über tausend Kilometer vom Tagungsort Moskau entfernt wenige Wochen zuvor von deutsch-nationalen Reichswehroffizieren ermordet worden waren.

Dann sprach der Genosse Lenin von „der welthistorischen Bedeutung“ der Zusammenkunft und endete nach reichlich verschraubten und schwer verständlichen Ausführungen zur Diktatur des Proletariats mit dem kämpferischen Satz: „Mag die Bourgeoisie noch so wütend sein, mag sie noch Tausende von Arbeitern niedermetzeln, der Sieg ist unser, der Sieg der kommunistischen Weltrevolution ist gesichert.“

Fünf Tage lang dauert der 1. Kommunistische Weltkongress im Kreml. Es war ein Treffen mit einigen Problemen, die schon im Vorfeld bestanden hatten. Die Italiener schafften es gar nicht bis Moskau, der US-amerikanische Vertreter konnte zum Stand der Klassenkämpfe in seiner Heimat nichts sagen, denn er lebte schon jahrelang in Moskau. Der Franzose wiederum beherrschte die Konferenzsprachen Deutsch und Russisch nicht. Und der Spartakist aus Deutschland hielt die Gründung einer neuen Internationale für übereilt. Doch am 6. März 1919 ist

sie beschlossene Sache – die nächste Zellteilung der weltweiten Arbeiterbewegung hatte stattgefunden.

Mehr als ein halbes Jahrhundert zuvor, im September 1864, gründete sich in London die Erste Internationale der Arbeiterbewegung, ein ziemlich bunter Haufen. Sozialreformer waren dabei, Marx-Anhänger und Anarchisten. Linke Arbeiterparteien gab es kaum, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, aus dem später die SPD entstehen sollte, war gerade eineinhalb Jahre alt. Die Internationale bestand zwölf Jahre, dann zerbrach sie am Streit zwischen Anarchisten und Marxisten.

Dreizehn Jahre später. Im Jahr 1889 startete der zweite Versuch. Der Kapitalismus war längst international, die Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern wie Deutschland und England in starken sozialistischen Parteien organisiert. Der internationale Zusammenschluss war locker, aber in einer Sache waren sich Internationalisten einig: Nie wieder sollten Arbeiter gegeneinander in Kriege gehetzt werden. Als es jedoch zum Schwur kam, beim Ausbruch des ersten Weltkrieges, versagte die Zweite Internationale. Kein multinationaler Generalstreik, dafür nationale Kriegsbesoffenheit auf allen Seiten. *aw*

# Kommunales Vermögen aufbauen

Städte können auch anders funktionieren als nach den Regeln von Großinvestoren.

Von Christine Berry

Die Zeiten ändern sich – sogar in Großbritannien. Die konservative Regierung hat endlich versprochen, etwas gegen die geografischen Ungleichheiten zu tun, die hier viel weiter auseinanderklaffen als in anderen reichen Ländern. Und die Kluft wird immer größer. Wie ein kürzlich erschienener Regierungsbericht bestätigt, zieht der Großraum London beständig Talente, Investitionen und Jobs aus anderen Regionen ab. Doch weil sich manche Dinge eben nie ändern, will die Regierung diese Ungleichheit genau mit jenem extraktivistischen Modell bekämpfen, das diese überhaupt erst verursacht hat: mit der Abhängigkeit von auswärtigem Privatkapital, nicht nur in der Industrie, sondern zunehmend auch bei Immobilien. In Großstädten wie London und Manchester hat diese Abhängigkeit massiv zur Gentrifizierung und Vertreibung der bisherigen Bewohner\*innen durch unerschwingliche Mieten beigetragen. Gleichzeitig sind die Früchte des Wachstums in kleineren Städten und Dörfern niemals angekommen. Aber wie so sollte die konservative Partei dieses Modell auch überdenken, solange Immobilienentwickler und -finanzierer zu ihren Großspendern gehören?

Stattdessen blieb es lokalen Politiker\*innen und Aktivist\*innen überlassen, diesen Ansatz in Frage zu stellen und einen neuen Weg einzuschlagen. Progressive Köpfe propagieren die Idee des „kommunalen Vermögens“, das aufgebaut wird, indem extraktivistische und unzuverlässige Investitionen von außen abgelöst werden durch Re-Investitionskreisläufe vor Ort. Das Konzept wurde durch die Kleinstadt Preston in der Grafschaft Lancashire bekannt, wo Not die Stadtverwaltung erfinderisch gemacht hatte. 2011 gab es dort im Nachgang der Finanzkrise gewaltige Haushaltskürzungen und die Pläne für ein riesiges neues Shoppingcenter brachen zusammen. Preston litt unter massiver Verarmung und der landesweit höchsten Selbstmordrate. Dann trat der eigensinnige Stadtrat Matthew Brown auf den Plan und verkündete: „Wir brauchen ein anderes Wirtschaftsmodell, eines, wo das lokale Vermögen von denjenigen kontrolliert wird, die es erwirtschaftet haben, anstatt von Anlegern irgendwo in der Ferne.“

Anstatt weiter irgendwelche Investoren zu umwerben, vernetzte er die wichtigsten Institutionen vor Ort: Universitäten, Krankenhäuser, kommunale Wohnungsbaugesellschaften – lauter Einrichtungen, die in Preston so verwurzelt waren, dass sie nicht beim erstbesten Problem das Weite suchen würden. Gemeinsam verpflichteten diese sich, ihr Beschaffungswesen – von der IT bis zum Catering – zu regionalisieren und dabei Lohnkosten einzu-

kalkulieren, die den tatsächlichen Lebenshaltungskosten entsprechen. Innerhalb von fünf Jahren wurden in Preston jährlich zusätzliche 74 Millionen britische Pfund erwirtschaftet, und weitere 200 Millionen in der gesamten Grafschaft Lancashire. Die Wohnungsbau-genossenschaft „Community Gateway“ holte ihren Reparaturdienst wieder zurück ins Haus, wodurch Jobs für die Genossenschaftsmitglieder entstanden und am Ort jedes Jahr fünf Millionen Pfund erwirtschaftet wurden. 2018 hatte dieser „guerilla localism“ Preston den Ruf eingebracht, diejenige Stadt Großbritanniens zu sein, die den größten Sprung nach vorne gemacht hat. Die Arbeitslosenquote war von 6,5 Prozent auf 3,1 Prozent gesunken und lag damit unter dem Landesdurchschnitt.

Matthew Brown ist mittlerweile Vorsitzender des Stadtrats und hat große Pläne: Er setzt sich für die Gründung weiterer genossenschaftlicher Betriebe in der Stadt ein, unterstützt die Idee einer regionalen Sparkasse nach deutschem Vorbild und erarbeitet mit dem städtischen Pensionsfonds Ideen, um einen größeren Teil der Gelder lokal anzulegen. Seine Handlungsmöglichkeiten sind begrenzt, in der britischen Politik mangelt es der lokalen Ebene an Macht und Geld. Preston muss sich in einem System behaupten, das politisch wie wirtschaftlich immer stärker auf Zentralisierung setzt, und viele blicken neidvoll auf das, was in stärker föderal organisierten Staaten wie Deutschland oder der Schweiz möglich ist. Eine Rekommunalisierung des Stromnetzes, wie sie in einigen deutschen Städten diskutiert wird, wäre beispielsweise in Großbritannien undenkbar. Dort ist das Netz dauerhaft in privater Hand, ohne dass die lokale Politik dagegen etwas unternehmen könnte. Auch in dieser Hinsicht könnte sich Preston als inspirierendes Vorbild erweisen: Wenn es dort möglich ist, sollte es anderswo erst recht möglich sein. Mit anderen Worten: Preston hat gezeigt, dass Städte auch anders funktionieren können als nach den Regeln von Großinvestoren.

Während die Preston-Erneuerung von einem visionären Lokalpolitiker vorangetrieben wurde, sind in anderen Gegenden marginalisierte Gruppen die Antriebskräfte. Besonders eindrucksvoll zeigt das die Kampagne zur Rettung des „Latin Markets“ im Nord-Londoner Stadtteil Seven Sisters. Der Markt wird sogar vom UN-Menschenrechtskommissar als „zentraler Anlaufpunkt der lateinamerikanischen Community“ gewürdigt. Obwohl London angeblich am meisten vom herrschenden britischen Wirtschaftsmodell profitiert, finden sich innerhalb der Metropole einige der am stärksten vernachlässigten Gegenden des

Landes. Während Matthew Brown die ortsansässigen Institutionen in Preston vom Konzept „kommunales Vermögen“ überzeugen musste, ging es bei der Kampagne zur Rettung des Latin Markets darum, die zuständigen Bezirkspolitiker zu gewinnen.

Die Händler\*innen vor Ort haben über 15 Jahren gegen Abrisspläne gekämpft, nach denen ihr Markt durch teure Wohnungen und eine Shopping-Mall ersetzt werden sollte, gebaut von einem der landesweit größten Immobilien-Investoren. Doch der durch die Pandemie noch verstärkte Trend zum Online-Shopping machte die unsozialen Pläne auch ökonomisch obsolet. 2021 zog sich der Investor aus dem Projekt zurück und der von der Labour Party dominierte Bezirksrat unterstützte den Alternativplan der Anwohner\*innen. Zu dem gehören neben der Rettung des Marktes auch bezahlbare Büroräume und Kinderbetreuungseinrichtungen. Entscheidend ist: Besitzer und Betreiber der Immobilie wäre ein demokratisch zusammengesetztes Gremium aus Vertreter\*innen der Bezirksverwaltung, den städtischen Verkehrsbetrieben „Transport of London“, denen das Gelände gehört, und einer gemeinnützigen Organisation, in der die Anwohner\*innen vertreten sind. Die Händler\*innen versuchen, gemeinsam mit Wissenschaftlern ein Konzept für „Public Common Partnerships“ zu entwickeln, als Alternative sowohl zu den in Großbritannien dominanten extraktivistischen „Public Private Partnerships“ als auch zu staatlichen Stellen, die von oben herab über die Köpfe der lokalen Bevölkerung hinweg agieren.

Bis die ehrgeizigen Ziele der lokalen Bevölkerung erreicht sind, ist es noch ein weiter Weg. Nachdem das frühere Management den Markt vollständig heruntergewirtschaftet hatte, ist er derzeit aus Gesundheitsschutz-Gründen geschlossen – den Händler\*innen ist damit ihre Lebensgrundlage entzogen. Doch die lokale Community ist zuversichtlich, dass sie einen Weg aus der Misere weisen kann, hin zu einer neuen, demokratischen Stadtentwicklung, die den Menschen vor Ort dient. Und wenn das in London, dem Herzen der Bestie des globalen Finanzkapitalismus, möglich ist – dann gibt es Hoffnung für uns alle!

---

**Christine Berry** arbeitet als Wissenschaftlerin und Autorin, sie lebt in Manchester und gilt als einer der zentralen Köpfe einer neuen linken Ökonomie. Sie schreibt regelmäßig für linksliberale und linke Medien und arbeitet gerade an einem Buch über demokratische Besitzverhältnisse, das 2023 bei Verso Books erscheinen wird.  
Übersetzung Sigrun Matthiesen

# Es kann gelingen

Jahrzehntelang haben Menschen in ganz Südamerika gegen die kommerzielle Ausbeutung ihres Trinkwassers protestiert. Mit Erfolg. Von Sigrun Matthiesen

Der UN-Weltwassertag am 22. März soll die Menschheit jährlich an den Wert der lebenswichtigen Ressource erinnern. Eine Erinnerung, die sie in der Gemeinde Juan C. Bonilla im mexikanischen Bundesstaat Puebla eher nicht brauchen, denn dazu genügt ein Blick in den Brunnenschacht, der häufig bedenklich leer war, seit sich der Trinkwasser-Konzern Bonafont, ein mexikanisches Tochterunternehmen des französischen Unternehmens Danone, in der Region angesiedelt hatte und die lokalen Reservoirs anzapfte. Weswegen 600 Aktivist:innen den Weltwassertag 2021 nutzten und die Eingänge zur Abfüllstation blockierten. Mit Erfolg: Seitdem sind die Ziehbrunnen wieder voller, Bonafont stellte den Betrieb einstweilen ein und am 8. August 2021, dem Geburtstag Emiliano Zapatistas, übernahmen die Besetzer:innen dann auch gleich noch den Rest des Firmengeländes. Der Blog „america21.de“ berichtete, die Besetzer:innen legten dem Gouverneur von Puebla 6.000 Unterschriften aus 20 Gemeinden vor, die „Freiheit, Land und Wasser“ fordern sowie die endgültige Schließung von Bonafont.

Mit derartigen Aktionen – Besetzungen auf dem Land, Zahlungsboykotten und Massendemonstrationen in den Städten, Streiks von Wasserwerkern, eigenmächtigen Brunnenbohrungen und selbst verlegten Rohren in informellen Siedlungen – haben Menschen in ganz Südamerika jahrzehntelang gegen die kommerzielle Ausbeutung ihres Trinkwassers protestiert. Mit Erfolg. Der öffentliche Widerstand, so schreiben David Hall und

Emanuele Lobina vom in Großbritannien ansässigen „Institut zur Erforschung öffentlicher Dienstleistungen“ (PSIRU), sei einer der beiden maßgeblichen Gründe dafür gewesen, dass sich multinationale Wasserunternehmen seit Anfang der 2000er Jahre aus Südamerika zurückgezogen haben. Der andere Grund waren zu niedrige Profite – jedenfalls aus Sicht der Kapitalanleger\*innen. Mit anderen Worten: Die nötigen Investitionen in die Instandhaltung oder auch den Bau von Leitungsnetzen, Pumpanlagen, Klärwerken waren höher als erwartet, und die Einnahmen durch Nutzungsgebühren niedriger.

Den Menschen immer mehr Geld für eine bestenfalls gleiche, oft aber schlechtere Wasserversorgung abzuknöpfen, das gelang auf Dauer selbst ausgesprochen wirtschaftshörigen Regierungen wie der argentinischen unter Carlos Menem nicht. In den neu geschaffenen öffentlichen Wasserbetrieben der Hauptstadt, AySA, sicherten sich Beschäftigte und Gewerkschaften einen Anteil von zehn Prozent, der Rest ist Staatsbesitz. Ein Beispiel erfolgreichen Widerstands gegen die Privatisierung lebenswichtiger öffentlicher Infrastruktur, das, wie auch die Beteiligung der Zivilgesellschaft an den Wassertischen Venezuelas, zum Vorbild für zahlreiche Städte in Europa wurde, die ihre Wasserversorgung re-kommunalisieren wollten.

2010 bestärkte dann sogar die UN-Vollversammlung mit der Verabschiedung der unter anderem von Bolivien eingebrachten Resolution 64/292 das Menschenrecht auf Zugang zu

sauberm Trinkwasser. Interessant und für die weiteren Entwicklungen nicht unerheblich ist allerdings, dass sich insgesamt 41 Staaten der Stimme enthielten, neben den USA, Großbritannien und Kanada auch zahlreiche andere Industriestaaten des Globalen Nordens. Dennoch wuchs die Hoffnung, „dass nach 30 Jahren der Privatisierung (einschließlich Public-Private Partnerships und Outsourcing) Städte überall auf der Welt die Kontrolle über ihre Wasserversorgung wieder zurückgewinnen“, wie es die Wissenschaftler David A. McDonald und Erik Swyngedouw im Vorwort zu ihrem 2019 auf Englisch erschienenen Buch „Die neuen Wasserkriege: Kämpfe um Re-Kommunalisierung“ schreiben. Seit 2005, so heißt es dort weiter, habe es in 37 Ländern weltweit mindestens 267 Re-Kommunalisierungen gegeben, die insgesamt mindestens 100 Millionen Menschen betreffen. Andererseits: Während im Jahr 2000 nur 5 Prozent der Weltbevölkerung ihr Trinkwasser von einem privaten Anbieter bekamen, waren es 2012 schon 12 Prozent. Wenn es um private Beteiligung an der entsprechenden Infrastruktur geht, zählt die Weltbank 2018 weltweit noch immer gut 1.000 aktive Projekte. 31 Prozent dieser Beteiligungen (bezogen auf den Gesamtwert in Dollar) finden sich in Lateinamerika.

Die Summe dürfe beträchtlich gestiegen sein, seit Brasiliens Präsident Bolsonaro im Mai 2021 die Lizenz für die Trink- und Abwasserversorgung von Rio de Janeiro für einen Preis von vier Milliarden US-Dollar an zwei einheimische Firmen verkauft hat –

## Ungehorsam aus der Mitte der Gesellschaft

Der Beginn der Anti-Atomkraft-Bewegung war international. Im Dreyeckland, wo die Schweiz, Frankreich und Deutschland zusammentreffen, die Menschen einen guten Roten schätzen und ganz schön dickköpfig sein können. Wenn es um ihr Land geht, zum Beispiel. Anfang der 1970er Jahre sollte die Weinbauregion am Oberrhein eine Art zweites Ruhrgebiet werden, mit gleich drei Atommeilern: Fessenheim im Elsass, Wyhl in Baden und Kaiseraugst im Baseler Land.

Doch das wollten die Bürger\*innen nicht, es formierte sich Widerstand, wie er im Nachkriegsfrankreich selten, in der Schweiz und im Nachkriegswestdeutschland bis dahin gar nicht aufkam. Ungehorsam aus der Mitte der Gesellschaft, von Bauern, Winzern, Handwerkern, die meisten von ihnen fromme Katholik\*innen, die seit der Gründung der Bundesrepublik immer CDU gewählt haben. Das Dorf Wyhl am Rande des Kaiserstuhls wird zum Symbol einer neuen Bewegung. Der Widerstand gegen Atomkraftwerke wird die siebziger und achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in Westeuropa und den USA prägen, später auch in Asien und Osteuropa.

Laut und entschlossen ist die Anti-AKW-Bewegung in ganz Europa. Doch Erfolge hat sie vor allem in Italien, Österreich und Westdeutschland. Und zwar immer dann, wenn der Protest lokal verankert ist und

überregionale Ausstrahlung besitzt. So werden das Atomkraftwerk im badischen Wyhl verhindert, das Atommüllendlager im niedersächsischen Gorleben und die Wiederaufbereitungsanlage im oberpfälzischen Wackersdorf.

In Westdeutschland bekommt die Bewegung zusätzlichen Auftrieb durch das Buch „Der Atomstaat“ des österreichischen Zukunftsforschers Robert Jungk. In der 1977 erschienenen Dystopie beschreibt Jungk, wie die Nutzung der Atomkraft langfristig zu einem autoritären Staat führen muss. International gewinnt die Anti-AKW-Bewegung an Boden durch zwei Havarien in Atommeilern, 1979 in Three Mile Island im US-Staat Pennsylvania und 1986 in Tschernobyl in der Ukrainischen Sowjetrepublik. In Italien werden nach einem Referendum bereits Ende der 1980er Jahre alle drei Kernreaktoren abgeschaltet.

Der politische Kampf gegen die Nutzung der Atomenergie hat zumindest in Westeuropa auch die Parteienlandschaft verändert, am nachhaltigsten in Deutschland. Ende der 70er Jahre gründen sich Grüne Listen, 1980 die Grünen, eine Partei, die anfangs das gesamte disparate Spektrum der Anti-Atom-Bewegung widerspiegelt: vom konservativen Biobauern bis zum Krypto-Maoisten, von der katholischen Betschwester bis zur libertären Feministin. aw

der bislang teuerste Deal in der seit 1996 andauernden Geschichte der brasilianischen Wasserprivatisierung. Chile, unter der Pinochet-Diktatur der 1980er und -90er Jahre Feldversuch des Neoliberalismus, hat seitdem ein Wasserrecht, das eine Einladung zu Raubbau und Spekulation darstellt. Die Regierung kann Lizenzen zur Nutzung von Wasserreservoirs vergeben, unabhängig davon, wem das Land gehört, auf dem sich diese Quellen befinden. Kleinbäuer\*innen sind so der Preis-Willkür ihrer „Wasserherren“ ausgesetzt, mittlerweile fast ausschließlich Großkonzerne aus der exportorientierten Agrar-, Bergbau- und Forstwirtschaft. Ehe deren Betriebe auf dem Trockenen sitzen, drehen sie allen anderen, die auf Wasser aus „ihrem“ Reservoir angewiesen sind, kurzerhand den Hahn zu.

Angesichts von Jahrhundertdürren wie in diesem Jahr, die aufgrund von Bodenvernutzung und Klimawandel selbst in den von Natur aus wasserreichen Regionen in Chile und ganz Südamerika immer häufiger werden, wird das zu einer ständigen Bedrohung. Über die Folgen berichten Organisationen wie „amerika21.de“ auch in deutscher Sprache täglich sehr anschaulich. Die Leidtragenden, also jene, deren Ziegen verdursten, Felder verdorren, die ihren Durst mit Flaschenwasser stillen müssen, zählen staatenübergreifend überwiegend zu indigenen Gruppen. Sie sind Nachfahren jener Menschen, die ihre Siedlungen ursprünglich dort eingerichtet haben, wo es die Vernunft schon immer geboten hat: in Reichweite einer Trinkwasserquelle – und zwar Jahrhunderte oder auch Jahrtausende bevor sich irgendwo die Idee durchgesetzt hatte, Wasserlizenzen als Geschäftsfeld für nationale oder internationale Konzerne anzusehen. Sie sind nun auch die treibende Kraft innerhalb der chilenischen Protestbewegung, die darauf drängt, in der geforderten neuen Verfassung ein Recht auf Wasser zu verankern, weil Mensch und Umwelt mehr gelten als Profitinteressen.

Genau das legt die Verfassung von Uruguay schon seit 2004 fest, in der es darüber hinaus wörtlich heißt: „Die öffentliche Abwasser- und die öffentliche Wasserversorgung für den Verbrauch durch Menschen werden ausschließlich und direkt von staatlichen juristischen Personen durchgeführt.“ Auf dieser Grundlage hatte die damals gewählte linke Regierung Frente Amplio alle bis dahin an private Konzerne vergebenen Konzessionen rekommunalisiert. Gleichzeitig stellt dieser Verfassungstext sicher, dass die vormaligen Lizenznehmer in den berüchtigten Investor-Staats-Schiedsverfahren nur Entschädigungen für ihre bis dahin tatsächlich getätigten



Mutiger Protest. Auf dem Schild steht: „Euch bombardieren sie und uns verbieten sie zu sagen: #NeinzumKrieg“

Tomsk, Russland, 6. 3. 2022 / Quelle: Malene Gürgen@MaleneGuerge, Twitter

Investitionen einklagen können und nicht, wie häufig üblich, auch entgangene Gewinne in der Zukunft geltend machen. Auch mit dem so gesparten Geld gelang es dem staatlichen Wasserversorger OSE in den folgenden 15 Jahren tatsächlich, den Verfassungsauftrag weitgehend in die Praxis umzusetzen. Die 2019 ins Amt gewählte konservative Regierung hat die soziale Tarifstruktur unter Beschuss genommen und verlangt im Rahmen eines Notstandsgesetzes, dass die OSE ihre Gebühren nicht länger selber festlegt, sondern dies durch eine staatliche Aufsichtsbehörde geschieht.

„Kooperatisierung“ nennen McDonald und Swyngedouw diesen Prozess, der zahlreiche (re-)kommunalisierte und staatliche Wasserversorger Südamerikas trifft. Nicht nur die ideologischen Vorlieben oder korrupten Verstrickungen der jeweils Regierenden sind der Grund, sondern schlicht finanzielle Notlagen. Denn einfach so zur Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, zur Weltbank oder zum IWF gehen und mit Verweis auf das „UN-Menschenrecht auf sauberes Wasser“ um einen Milliardenkredit bitten, funktioniert nicht. Selbst in einer Pandemie, in der Händewaschen zur lebensrettenden Tugend erklärt wurde, gibt es für Staatsschulden bestenfalls Zahlungsaufschub. Auch internationale Hilfs-

gelder werden zum überwiegenden Teil über Organisationen der Weltbank vergeben oder zumindest nach deren weiterhin profitorientierten Mustern, die über die Jahre immer mal unter neuen Namen und Abkürzungen daherkommen.

Es sind die Erfahrungen der Städter:innen, die viele, die in Südamerika auf dem Land leben, darin bestärken, an ihrer indigenen Tradition der gemeinschaftlichen Selbstversorgung durch „Acueductos Comunitarios“, übersetzt „gemeinsame Quellen“, festzuhalten. Allein in Kolumbien gibt es davon schätzungsweise 20.000, viele versorgen ihre jeweilige Gemeinschaft ohne jegliche Finanz-Zuschüsse des Staates. Es gibt ein geteiltes Verantwortungsbewusstsein, das weit über das Zahlen von Nutzungsgebühren hinausreicht: Wer Wasser aus einer „gemeinsamen Quelle“ trinken will, sorgt auch dafür, dass sie weiter sprudelt. Ob das nun durch Reinigungs- und Reparaturarbeiten geschieht, durch die Pflege des Waldes und des Bodens oder das Organisieren einer Spendenaktion, um Ersatzteile für die Pumpe zu beschaffen, hängt von den jeweiligen Fähigkeiten ab und wird gemeinschaftlich entschieden. Gleichzeitig braucht niemand zu fürchten, dass der Hahn zugekehrt wird, wenn man aus irgendeinem Grund in Zahlungsverzug gerät.



maldekstra  
**SALON**

## Es ist Krieg. Wir müssen reden!

Über die Notwendigkeit einer neuen linken Erzählung diskutieren Susanne Hennig-Wellso, Vorsitzende Partei DIE LINKE, und Julia Fritzsche, Autorin des Buches »Tiefrot und radikal bunt«.

Moderation: Boris Kanzleiter

**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**

**7. APRIL 2022**

**19 BIS 21 UHR**

**FMP 1 IM SALON 1, 10243 BERLIN — [WWW.ROSALUX.DE](http://WWW.ROSALUX.DE)**